



Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt



«Waffenstillstand, jetzt!» Die jüdisch-amerikanische Friedensorganisation Jewish Voice for Peace hat in einer beeindruckenden Aktion den Hauptbahnhof von New York lahmgelegt und fordert lautstark das Ende der Gewalt in Gaza. zVg.

Krieg in Palästina/Israel

75 Jahre Ungerechtigkeit

Die Berichte über Tod, Zerstörung und Vertreibung, die derzeit aus den besetzten palästinensischen Gebieten strömen, sind erschütternd. Mittlerweile wird schon von einem Völkermord gesprochen. Omar Barghouti, palästinensischer Menschenrechtsaktivist und Mitbegründer der BDS-Bewegung, zeigt die Hintergründe des aktuellen Konflikts auf und erklärt, wie man sich für ein Ende der Gewalt einsetzen kann.

Von Omar Barghouti

In Zeiten des Blutvergiessens, der kollektiven Empörung und Polarisierung entlang von Gruppenzugehörigkeiten mögen viele ethische Grundsätze als lästig oder als intellektueller Luxus erscheinen. Dem kann und will ich mich nicht anschliessen. Ich wünsche mir nichts sehnlicher als ein Ende aller Gewalt in Palästina und überall sonst, und genau deshalb setze ich mich dafür ein, die Ursachen der Gewalt zu bekämpfen: Unterdrückung und Ungerechtigkeit.

Ich habe enge Freunde und Kolleginnen im Gazastreifen, den der ehemalige britische Premierminister David Cameron einmal «Gefangenenlager» nannte, einem neuen Ghetto, dessen 2,3 Millionen Einwohner:innen überwiegend Flüchtlinge aus Ortschaften sind, die im Zuge der Nakba (arabisch für Katastrophe) 1948 von Massakern und ethnischen Säuberungen betroffen waren. Die mit Unterstützung der USA, der EU und des ägyptischen Regimes von Israel seit 16 Jahren verhängte Abriegelung hat den Gazastreifen nach Angaben der Vereinten Nationen zu einer «unbewohnbaren» Zone gemacht, in der das Gesundheitssystem vor dem Zusammenbruch steht. Fast das gesamte Wasser ist nicht trinkbar, rund 60 Prozent der Kinder leiden unter Blutarmut und viele Kinder sind durch Unterernährung in ihrem Wachstum gehemmt. Die herzzerreissenden Berichte über Tod, Zerstörung und Vertreibung, die meine Freunde derzeit mit mir teilen, machen mich traurig und empören mich zugleich. Vor allem aber motivieren sie mich, noch mehr zur

BDS-Bewegung (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen) beizutragen, die ich 2005 als meinen bescheidenen Beitrag zu unserem Befreiungskampf mitgegründet habe.

Komplizenschaft beenden

Die antirassistische, gewaltfreie BDS-Bewegung, unterstützt von Gewerkschaften und Bauernverbänden, antirassistischen und antisexistischen Bewegungen und Mobilisierungen für soziale und Klimagerechtigkeit, die mehrere Millionen Menschen weltweit vertreten, ist inspiriert vom Kampf gegen die Apartheid in Südafrika und der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung.

Unterstützt von palästinensischen Basisbewegungen, Gewerkschaften und politischen Parteien, die die absolute Mehrheit der Palästinenser:innen im historischen Palästina und im Exil vertreten, fordert BDS die Beendigung der Komplizenschaft von Staaten, Unternehmen und Institutionen mit dem israelischen Unterdrückungsregime, damit die Palästinenser:innen in den vollen Besitz ihrer von der UNO verbrieften Rechte gelangen können. Dies beinhaltet ein Ende von militärischer Besatzung und Apartheid sowie die Achtung des international anerkannten Rechts der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat.

Eine wichtige, oft übersehene Zeile im kurzen BDS-Aufruf appelliert an aufrichtige Menschen weltweit, Druck auf ihre jeweiligen Staaten auszuüben, damit sie Embargos und Sanktionen gegen Israel verhängen.

Der Aufruf lädt «verantwortungsvolle Israelis ein, diesen Aufruf im Interesse der Gerechtigkeit und eines echten Friedens zu unterstützen». Eine kleine, aber bedeutende Anzahl jüdischer Israelis hat sich der Bewegung tatsächlich angeschlossen und spielt eine wichtige Rolle in unseren Kampagnen, die dazu geführt haben, dass sich unter anderem grosse Investmentfonds, Kirchen, Unternehmen, Universitätsverbände, Sportteams und Kulturschaffende aus ihrer Beteiligung an Israels Menschenrechtsverletzungen zurückgezogen haben oder sich weigern, diese mitzutragen.

Strukturelle Gewalt

Aktuell verbreiten jedoch viele westliche Regierungen und Medien böswillige Desinformationen mit ihrer Behauptung, die jüngste Krise habe am 7. Oktober mit einem «grundlosen» Angriff auf Israel begonnen. Das Eindringen palästinensischer Gruppen als grundlos und unprovokiert zu bezeichnen, ist nicht nur unethisch, sondern eine typische anti-palästinensische, rassistische Darstellung, um uns als weniger wertvolle Menschen darzustellen, die keine vollen Menschenrechte verdienen. Warum sonst sollte das unerbittliche langsame Sterben und die strukturelle Gewalt, die wir seit 75 Jahren durch das israelische Unrechtsregime erleben, als unsichtbar und es nicht als wert befunden werden, Israel dafür zu verurteilen und zur Rechenschaft zu ziehen?

Der brasilianische Philosoph Paulo Freire schrieb einmal: «Mit der Errichtung eines Unterdrückungsverhältnisses beginnt bereits Gewalt. Gewalt ist historisch gesehen nie zuerst von den Unterdrückten ausgegangen ... Gewalt geht von denen aus, die unterdrücken, ausbeuten und verhindern, dass andere als Menschen anerkannt werden – und nicht von denen, die unterdrückt, ausgebeutet und

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt

Jüdischer Aufruf für Frieden in Gaza	2
Interview über die Situation der Bauern in Palästina	3
Über die westliche Unterstützung der Ukraine	4
Militär und Umwelt: Ökozid	5
Rückblick Weltfriedenstag 2023	6
Die Kriegsindustrie jammert	7
Republik Bergkarabach aufgelöst	8

Für einen gerechten Frieden in Palästina!

Stoppt die Gewalt!

Bewaffnete Gruppen von Palästinenser:innen aus Gaza haben am 7. Oktober einen Angriff auf israelische Truppen und grenznahe Siedlungen gestartet. Es wurden Geiseln genommen und es kam zu Massakern an israelischen Zivilist:innen. Die Reaktion der israelischen Staates folgte unverzüglich und mit massiver Gewalt, ganze Nachbarschaften im Gazastreifen sind mittlerweile dem Erdboden gleich gemacht worden. An «Israels Antwort im Gazastreifen» werde man «sich die nächsten 50 Jahre erinnern», wettete der israelische Kriegsminister Joaw Gallant. Er nannte die Palästinenser:innen «menschliche Tiere», gegen die entsprechend gehandelt werden müsse.

Bereits sind über tausend Opfer auf der israelischen und mehrere tausend Opfer, weit mehr als doppelt so viele, auf der palästinensischen Seite zu beklagen. Ein Bombenangriff auf ein Krankenhaus in Gaza hat den Blutzoll der Palästinenser:innen weiter erhöht. Die zionistische Regierung Israels, die am weitesten rechts stehende Regierung in der Geschichte des Apartheidstaates, zeigt damit deutlich, dass sie weder vor Kriegsverbrechen noch vor Völker- und Menschenrechtsverletzungen zurückschreckt.

Der aktuelle Konflikt hat eine lange Vorgeschichte, an die erinnert werden muss. Dem Konflikt gingen ein 75-jähriges koloniales Terrorregime und die völkerrechtswidrige Blockade des Gazastreifens seit 2007 voraus. 75 Jahre Vertreibung, Ermordung, Diskriminierung und Demütigung von Palästinenser:innen

sowie 16 Jahre Blockade, Mangel an sauberem Wasser, Strom, medizinischer Versorgung sowie regelmässige Bombenangriffe haben Gaza zu einem Pulverfass gemacht. Der kleine Landstrich, auf dem 2,3 Millionen Menschen eingepfercht sind, wurde immer wieder vom zionistischen Staat angegriffen und mit Bombenhagel überzogen. Erst 2021 kam es letztmals zu Angriffen gegen Gaza.

Die Schweizerische Friedensbewegung SFB drückt ihre Solidarität mit der Zivilbevölkerung Palästinas und Israels aus und ruft zu einem schnellen Ende der Kämpfe auf. Das mörderische Vorgehen des israelischen Staates, die «Rache» und Kollektivstrafe an den Palästinenser:innen, verurteilen wir mit aller Schärfe. Auch die Gewalttaten der Hamas gegenüber Zivilpersonen sind inakzeptabel. Der Palästina-Israel-Konflikt kann nicht mit Gewalt gelöst werden. In der gegenwärtigen Situation braucht es einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zwischen allen Konfliktparteien. Wir betonen aber auch, dass die Verantwortung für die Gewalt letztlich beim übermächtigen israelischen Apartheid-Regime liegt, das seit Jahrzehnten das palästinensische Volk unterdrückt und diskriminiert. Wir fordern das Ende der Besatzung Palästinas, das Ende der israelischen Apartheid und einen gerechten Frieden in Palästina durch die Gründung eines unabhängigen Staates innerhalb der Grenzen vor dem 4. Juni 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt.

Schweizerische Friedensbewegung

Schenke ein Stück Frieden

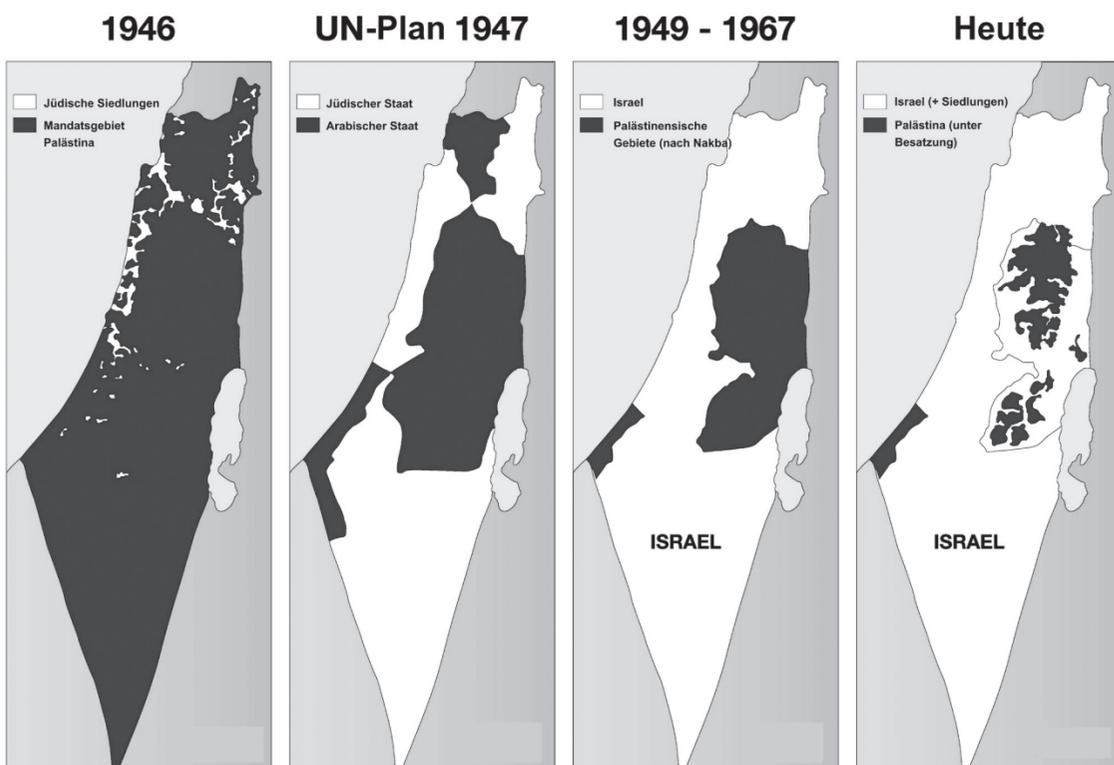
Viermal im Jahr berichtet die Friedenszeitung *Unsere Welt* über das, was die Mainstream-Medien verschweigen oder nicht sehen wollen, über Machtspiele und Interessenskonflikte. Die UW bezieht aber auch Stellung: für die einfache Bevölkerung, die den Frieden will; für die unterdrückten Völker, die um ihre Freiheit ringen; und für all denjenigen, die sich für eine bessere, gerechtere Welt einsetzen.

Aber noch viel zu wenig Menschen wissen von der UW. Deshalb starten wir bis zum 29. Februar 2024 eine *Kennenlern-Aktion*. Kennst Du jemanden, der/die Interesse an der UW haben könnte? Verschenke ein Test-Abo der UW! Gegen einen Spendenbeitrag Deiner Wahl, kannst Du jemanden ein gratis Jahresabo zum Kennenlernen schenken. So gehst Du vor:

1. Überweise der UW eine Spende in der Höhe Deiner Wahl.
2. Schreib uns eine Mail mit Name und Adresse des Begünstigten: unserewelt@friedensbewegung.ch

Für die Beschenkten endet das Angebot nach vier Ausgaben automatisch und muss nicht extra bestellt werden. Hilf mit, die UW bekannter zu machen, und schenke jemandem ein Stück Frieden!

Spende auf folgendes Konto: CH72 0900 0000 4000 1627 7
Friedensbewegung, Riehentorstrasse 27, Postfach, CH-4001 Basel



Die Karte zeigt anschaulich, wie die palästinensische Bevölkerung immer weiter von ihrem ursprünglichen Siedlungsgebiet verdrängt wurde. Die Siedlungen im Westjordanland bedrohen Palästina in ihrer Existenz. Die israelische Offensive im Gazastreifen könnte die Karte nun völlig neu zeichnen. Quelle: zVg.

Jüdische Stimme für den Frieden

«Nie wieder!»

Von Israel und den USA wird das Massaker der Hamas an Israelis als Waffe benutzt, um die Palästinenser zu unterdrücken und zu beherrschen und die Kolonisierung des palästinensischen Landes voranzutreiben. – Ein jüdischer Aufruf, Widerstand zu leisten gegen den Genozid in Palästina.

Von Stefanie Fox

Auf meinem Schreibtisch liegt ein Zitat, das der beliebten jüdischen Schriftstellerin und Aktivistin Grace Paley zugeschrieben wird: «Das einzig erkennbare Anzeichen von Hoffnung ist Handeln.» Seit über einem Jahrzehnt motiviert mich das dazu, eine blühende Bewegung amerikanischer Juden in Solidarität mit den Palästinensern zu schaffen. Aber wo findet man inmitten des völligen Grauens Hoffnung? Meine einzige Hoffnung in diesem Moment ist, dass meine jüdisch-amerikanischen Mitbürger und Menschen mit Gewissen auf der ganzen Welt sich auf eine noch nie dagewesene Weise vereinen und ein Ende des Völkermords fordern.

Trauer und Entsetzen

Israel hat in einer Woche mehr Bomben auf Palästinenser in Gaza abgeworfen, als die Vereinigten Staaten in einem ganzen Kriegsjahr auf Afghanistan. Die israelische Regierung erliess einen Evakuierungsbefehl für den gesamten nördlichen Gazastreifen und forderte die Bewohner auf, innerhalb von vierundzwanzig Stunden zu evakuieren. Dieser Befehl warnt vor einer Bodeninvasion. Die Absicht Israels besteht darin, sich von der Verantwortung für die letztendlich massiven Verluste unter Tausenden von Menschen zu befreien, die nicht in der Lage oder nicht bereit sind, das Gebiet zu verlassen. Die Vereinten Nationen halten dies für unmöglich in dem schmalen Landstreifen, in dem Israel 16 Jahre lang 2,3 Millionen Palästinenser – fast die Hälfte davon Kinder – in einer vernichtenden Belagerung von Land, Luft und Himmel gefangen gehalten hat.

Das ist Völkermord.

In den SMS-Nachrichten von Leuten, deren Handys noch etwa eine Stunde Akkulaufzeit haben, wimmelt es

von Familien in Panik, die überlegen, ob sie fliehen sollen. Es gibt keinen Ort, an den man gehen kann. Ganze Familien – Grosseltern, kleine Nichten, Onkel und Tanten, Geschwister – wurden ausgelöscht. Jungen werden beim Fussballspielen vor einer Moschee getötet; Freunde suchen in Trümmern nach ihren Familien oder erhalten Anrufe, dass diese auf einem überfüllten Marktplatz bombardiert wurden, als sie versuchten, Lebensmittel zu kaufen.

Es werden unzählige Kinder sterben, die noch nie ein Leben ausserhalb der Mauern des Ghettos gesehen haben, in das Israel sie eingesperrt hat, während Politiker hier in den Vereinigten Staaten das Blutbad bejubeln und behaupten, sie würden es tun, um Menschen meiner Religion zu schützen.

Das ist Völkermord.

Ja, am 7. Oktober brachen Hamas-Kämpfer aus dem «Gefängnis» von Gaza aus und massakrierten 1200 Israelis, darunter viele Zivilisten, und nahmen mehr als 100 Geiseln. Von dem Moment an, als ich hörte, was geschah, überkam mich eine Kombination aus Trauer und Entsetzen über das Massaker selbst, aber auch die schiere, unerbittliche Angst vor dem Wissen, wie die israelische und die US-amerikanische Regierung diese Todesfälle in Waffen verwandeln würden.

Und genau so wird nun der Verlust israelischer Leben von meiner Regierung genutzt, um den Völkermord zu rechtfertigen und um einen moralischen Deckmantel für den unmoralischen Drang nach mehr Waffen und mehr Tod zu liefern.

Ein System der Gewalt

Für Juden ist der Schmerz, den wir empfinden, nicht nur unser Schmerz. Seit der Gründung des Staates Israel hat die zionistische Bewegung die Herrschaft und Unterdrückung der Palästinenser und die Kolonisierung palästinensischen Landes als Antwort auf die sehr reale Frage der jüdischen Sicherheit positioniert. Sie haben den sehr realen Schmerz und das Trauma,

das wir als Juden tragen, zu einer tödlichen Waffe gemacht. Wir müssen unbedingt verstehen, dass es sich bei dem, was geschieht, nicht um einen blossen Kreislauf der Gewalt handelt. Es ist ein System der Gewalt.

Es ist das System der kolonialen Apartheid der Siedler, das die israelische Regierung in den letzten 75 Jahren aufgebaut und aufrechterhalten hat – mit Milliarden und Abermilliarden Dollar aus den Vereinigten Staaten. Der Siedlerkolonialismus ist eine Struktur, eine Sprache, eine Kultur, eine Ideologie – ein ineinandergreifendes, totalisierendes System der Gewalt. Es ist eine Kriegs- und Ent-

75 Jahre Ungerechtigkeit

Fortsetzung von Seite 1

nicht anerkannt werden.» Die Reaktion der Unterdrückten, ob man sie nun für rechtlich oder ethisch vertretbar hält oder nicht, ist immer nur eine Reaktion auf die ursprüngliche Gewalt der Unterdrücker.

Ein Machtungleichgewicht

Im Einklang mit dem Völkerrecht hat die BDS-Bewegung konsequent das Recht des palästinensischen Volkes verteidigt, sich der militärischen Besatzung und Kolonisierung Israels «mit allen verfügbaren Mitteln» zu widersetzen, wie dies zahlreiche UN-Resolutionen fordern, einschliesslich der Resolution 37/43 der 45/130 der UN-Generalversammlung, wobei strikt auf das Verbot des «Angriffs auf Zivilpersonen» zu achten ist. Die Verletzung von Zivilpersonen, sei es durch den Unterdrücker oder den Unterdrückten, ist verboten – trotz des massiven Machtungleichgewichts und der ebenso riesigen moralischen Asymmetrie zwischen beiden.

Schon vor dem 7. Oktober hat Israels ungeschminkt rechtsextreme Regierung – die rassistischste, fundamentalistischste und sexistischste, die es je gab – völlig ungestraft ihre schonungslosen Angriffe auf das Leben und die Existenzgrundlagen von Millionen von Palästinenser:innen ausgeweitet. Die Tatsache, dass das besetzte Westjordanland teilweise von der Palästinensischen Autonomiebehörde kontrolliert wird, die eine «Sicherheitskoordination» mit der israelischen Besatzung eingegangen ist, hat die dortigen Palästinenser:innen nicht vor der Fortsetzung der Nakba verschont in Form von Pogromen, aussergerichtlichen Tötungen, Enteignung, Annexion, illegalem Siedlungsbau, tägli-

menslichungsmaschinerie gegen die Palästinenser. Es ist dieses System, das das Leben und die Sicherheit aller Menschen gefährdet.

Sie bleiben standhaft

Während die Gewalt des Apartheidregimes mehrheitlich die Palästinenser trifft, gibt es auch für Israelis in einem System, das auf solcher Entmenschlichung und Unterdrückung beruht, keine Sicherheit. Mit den Worten des Holocaust-Überlebenden Hajo Meyer: «Meine grosse Lektion aus Auschwitz ist: Wer einen anderen entmenschlichen will, muss zuerst selbst entmenschlicht werden. Die Unterdrückten sind nicht mehr wirklich menschlich, egal welche Uniform sie tragen.» Die israelische Regierung hat jeglichen Anschein von Menschlichkeit verloren, da sie einen Völkermord an den Menschen in Gaza begeht.

Es sind nicht die Palästinenser, die für dieses Land die Sprache der Gewalt gewählt haben. Es sind die israelische Regierung und die Regierung der Vereinigten Staaten, die einen Zustand der Gewalt geschaffen haben.

Die Palästinenser sind in ihrem Streben nach Freiheit gegen unermessliche Gewalt standhaft geblieben. Zehntausende Palästinenser protestierten während des «Grossen Rückkehrmarsches» 2019 in wöchentlichen gewaltlosen Graswurzel-Protesten an Israels militarisierte Grenzmauer um Gaza, und die israelische Regierung schickte militärische Scharfschützen, um Hunderte von Kindern, Frauen, Sanitätern und Journalisten zu ermorden und zu verstümmeln. Palästinenser starteten Boykottkampagnen, um ihre Rechte durchzusetzen, und die israelische Regierung eröffnete eigens ein neues Ministerium zur Bekämpfung dieser gewaltfreien Bewegung. Palästinenser arbeiten bei Menschenrechtsorganisationen, um die gegen sie begangenen Verbrechen zu dokumentieren, und sie werden als

cher Erniedrigung und Verweigerung grundlegender Rechte.

Wahllos bombardiert

Den Kontext und die Ursachen des Widerstands zu verstehen, bedeutet noch nicht, dessen Taktik des Angriffs auf Zivilpersonen zu akzeptieren; und der konkrete Kontext in diesem Fall ist schockierend. Die Palästinenser:innen im Gazastreifen sehen sich mit einer beispiellosen Welle wahlloser israelischer Bombardierungen konfrontiert, bei denen auch Munition mit weissem Phosphor zum Einsatz kommt. Schulen, Universitäten, ganze Wohnviertel, Telekommunikationsnetze, Märkte, Moscheen sowie medizinisches Personal des IKRK, UN-Mitarbeiter und Krankenhäuser werden angegriffen, wobei über tausend Kinder getötet wurden.

Diese schreckliche Situation wird noch verschärft durch die vollständige Unterbrechung der Versorgung des Gazastreifens mit Wasser, Lebensmitteln, Medikamenten und Strom. Das israelische Militär folgt darin seiner Dahiya-Doktrin, die 2008 in Zusammenarbeit mit der Universität Tel Aviv entwickelt wurde. Diese Doktrin sieht vor, Zivilpersonen und zivile Infrastruktur mit «unverhältnismässiger Gewalt» anzugreifen, um verheerende Zerstörungen anzurichten, was einem Kriegsverbrechen gleichkommt. Kürzlich gab ein Sprecher der israelischen Armee zu: «Bei den Angriffen [in Gaza] liegt der Schwerpunkt auf Zerstörung, nicht auf Präzision.» Der israelische Kriegsminister Joaw Gallant rechtfertigte seine Entscheidung, eine «vollständige Abriegelung» über Millionen von Palästinenser:innen zu verhängen, mit den Worten: «Wir bekämpfen menschliche Tiere und handeln entsprechend.» Die US-amerikanische Gruppe «Jewish Voice for

Terroristen bezeichnet und behandelt. Die Palästinenser sprechen die Sprache der Freiheit, und die israelische Regierung antwortet jedes Mal mit der Sprache der Gewalt.

Nicht zurücklehnen!

Die Politiker der Vereinigten Staaten haben sich zusammengeschlossen, um die israelische Kriegsmaschinerie voll und ganz zu unterstützen. Schon jetzt schicken die Vereinigten Staaten jedes Jahr mehr als drei Milliarden US-Dollar an Hilfgeldern an Israel. Und nun sagte Senator Lindsey Graham: «Ich bin auf der Seite Israels. Macht, was zum Teufel ihr auch immer tun müsst, um euch zu verteidigen. Macht den Ort dem Boden gleich.» Es ist wichtig, deutlich zu sein: Israel verteidigt sich in Wirklichkeit nicht, es begeht Massenmord. – Und Biden sagt: «Wir werden dafür sorgen, dass Israel alles hat, was es braucht, um für sich selbst zu sorgen.» Noch einmal: Israel führt Völkermord durch.

Meine Bekannten in Palästina sagen, dass sie in den 75 Jahren der Besatzung noch nie eine solche Zerstörung erlebt haben. Sie sagen, man darf keine Sekunde warten. Man darf sich nicht zurücklehnen, während Israel einen Völkermord begeht, der von den Vereinigten Staaten ermöglicht wird. Wir müssen unseren ganzen Körper, unseren Geist, unsere Gemeinschaften, unsere Menschlichkeit mitbringen, um diesem Moment gerecht zu werden. «Nie wieder!» bedeutet, sich für das palästinensische Volk einzusetzen. «Nie wieder!» bedeutet genau dieser Moment.

Stefanie Fox ist Geschäftsführerin der jüdisch-amerikanischen Friedensorganisation Jewish Voice for Peace.

Quelle: Jewish Voice for Peace, Übersetzung: UW.

Peace» (JVP) verurteilt Gallants Rassismus deutlich: «Als Juden wissen wir, was passiert, wenn Menschen als Tiere bezeichnet werden. Das können und müssen wir stoppen. Nie wieder heisst nie wieder – für niemanden!» JVP betrauert den Verlust ziviler Leben auf beiden Seiten, ohne in die Vergleichbarkeit «beider Seiten» zu verfallen und die jahrzehntelange Unterdrückung zu ignorieren,

Moralische Verpflichtung

In Anbetracht der völligen Straffreiheit Israels, das durch die etablierte Komplizenschaft der USA und Europas ermutigt wird, und in der vorherrschenden Atmosphäre von Entmenschlichung sieht der israelische Genozidforscher Raz Segal den Angriff auf Gaza als «Völkermord wie aus dem Lehrbuch». In einer solchen Situation entsetzlicher Gewalt ist moralische Konsistenz unerlässlich. Wer es versäumt hat, die anhaltende zugrundeliegende Gewalt durch Unterdrückung zu verurteilen, hat kein moralisches Recht, illegale oder unmoralische Gewalttaten der Unterdrückten zu verurteilen.

Die wichtigste moralische Verpflichtung in diesen Zeiten besteht darin, zu handeln, um die Mitverantwortung zu beenden. Nur so können wir hoffen, Unterdrückung und Gewalt wirklich zu beenden. Palästinenser:innen lieben und haben Mitgefühl, wie viele andere auch. Wir fürchten uns und wir sind müde. Wir hoffen und sind manchmal verzweifelt. Vor allem aber streben wir danach, in einer gerechteren Welt zu leben, in der es keine Rangordnung des Leidens, keine Hierarchie des Wertes von Menschen gibt und in der die Rechte und die Menschenwürde aller geachtet und gewahrt sind.

Quelle: BDS Schweiz.

SRF: Unglaubliche Geschichten aus Leutschenbach

Das Wording macht den Unterschied

Die Berichterstattung über den Beschluss eines Krankenwagens mit angeblich 13 Toten sagt viel über die Haltung der News-Redaktion von SRF aus. Die einen «sterben», während die anderen «getötet werden», die Hamas «behauptet», während das israelische Militär «mitteilt».

Von Alva Noi

Rund 10 000 Menschen wurden seit der Eskalation des Krieges zwischen der Hamas und Israel getötet, ermordet oder massakriert. In den meisten Fällen handelt es sich um wehrlose Zivilisten. Der Gazastreifen entwickelte sich in den letzten Jahren vom Freiluftgefängnis zum Friedhof. Bilder zerstörter Häuser prägen das Geschehen: Hier lebten in Flüchtlingslagern Menschen. Nun ist alles pulverisiert. Und die Kinder? Die Mütter und Väter, Grosseltern und Verwandten? Aber auch die Entführten und in Gefangenschaft sitzenden Israeli? Die Toten haben unzählige Gesichter, es geht um grauenhafte Schicksale.

Als die russische Armee in die Ukraine einmarschierte, hatte ich Mühe über Geopolitik zu schreiben. Zu gross war mein Entsetzen über das Kommende. Nicht anders heute: Zu gross ist meine Empörung über den Einmarsch der israelischen Armee in den Gazastreifen und das Schicksal der entführten und verschleppten Israeli. Gross ist die Sorge um ein Zusammenleben in Frieden, das kaum noch eine Zukunft hat. Und dennoch ist es wichtig, über den Krieg zu schreiben, über den Alltag der Menschen vor

Ort, sie in ihren Nöten nicht zu vergessen. Eine grosse Herausforderung für alle im Journalismus Arbeitenden, auch für Medienkritiker.

Mitteilen vs. behaupten

Über Bild und Text kommt der Krieg auch zu mir. Und da öffnen sich auch Möglichkeiten der Manipulation. Informiere ich mich über die Websites von SRF, so bekämpft das israelische Militär den Terror, tötet Dutzende von Terroristen, führt Razzien durch und stösst dabei auf Terrorzellen. Es räumt Häuser und entschärft Sprengsätze. Im Live-Ticker von SRF vom 4. November stand zu lesen: «Zudem hat Israels Armee (...) nach eigenen Angaben einen angeblich von islamistischen Hamas benutzten Krankenwagen angegriffen, wie das Militär am Freitag mitteilte.» So weit so gut. Und über die andere Seite des Konfliktes bei SRF ebenfalls als Originaltext: «Das von der Hamas kontrollierte Gesundheitsministerium behauptete dagegen, es seien Verwundete zum Grenzübergang transportiert worden, damit diese in Ägypten behandelt werden können.» Hören Sie den Unterschied? Die eine Seite «behauptet» bei SRF, die andere Seite «teilt mit». Wer ist nun glaubwürdiger? Übrigens sollen bei diesem völkerrechtswidrigen Angriff 13 Menschen getötet worden sein.

Es sind kleine Unterschiede, die viel verraten können. Hier geht es um eine Haltung. Wer behauptet, der hat in der Regel nicht Recht, denn er behauptet ja nur! Der feine Unterschied zwischen «behaupten» und «mitteilen» zeigt die Haltung der Redaktion von SRF. Es geht aber noch um mehr. Nach den SRF-Informationen kontrolliert eine Terrororganisation ein Gesundheitsministerium. Und weil das so ist, kann man auch dem Gesundheitsministerium nicht glauben. Diese Meldung müsste einordnende Sätze nach sich ziehen. Terror von der Hamas – ja! Aber was noch, wenn sie das Gesundheitsministerium kontrolliert?

Wortkombinationen

Redaktionen müssen ihr Wording finden. Dabei einigen sie sich oft auf Wortkombinationen, die sich der Leserschaft einprägen. In einem Artikel beschreibt Urs P. Gasche im «Infosperber» genau diese Schwierigkeit. Je nach Land wird der Chef der Regierung anders dargestellt. «Entweder sollten alle Präsidenten als «Präsidenten» bezeichnet werden oder alle Machthaber – ob Syriens al-Assad, Venezuelas Maduro, Russlands Putin ... eben als «Machthaber»». Hier ist der Unterschied noch offenkundig. Schwieriger werde es im Krieg der israelischen Armee gegen die Hamas. Laut Gasche würden die Kriegssopfer nicht auf beiden Seiten gleich dargestellt. Und da fordert er von den Medien: «Entweder sterben alle Kriegssopfer oder sie werden – auf beiden Seiten – getötet.» Die Israeli werden im Krieg getötet, die Palästinenser sterben.

Medienkritik während des Ukrainekrieges konnte einem einfachen Muster folgen. Putin und bisweilen ganz Russland wurden und werden in den westlichen Medien oft als unberechenbar, brutal und skrupellos dargestellt. Als Folge entsteht erneut eine Gefahr aus dem Osten, wie wir dies real auch während des Kalten Krieges erlebten. In der aktuellen Berichter-

stattung gibt es allerdings zwei Tabus: Einerseits ist Russland kein kommunistisches Land mehr, das den Völkern auf der ganzen Welt zur Freiheit verhelfen will. Andererseits verfolgt Russland durchaus logische, geostrategische Interessen. Eine kritische Medienberichterstattung bricht nun mit einem (oder beiden) dieser Tabus.

Anders ist die Situation im Nahostkonflikt. Israel als die Guten darzustellen erweist sich doch einiges schwieriger. Völkerrechtsverletzungen gehören zur aktuellen und vergangenen Geschichte Israels. Der Bau einer Atombombe – heimlich; der Betrieb nicht registrierter Gefängnisse – zur Folter; in Palästina die Politik

mit Neuansiedlungen – zur Vertreibung der Palästinenser etc., etc. All dies sind unbestrittene Eckpunkte israelischer Politik, die im Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit ihren Platz haben. Als Konsequenz müssen auch die Medien anders arbeiten, die Sprache wird wichtiger.

Die einen sterben, während die anderen getötet werden, die Hamas behauptet, während das israelische Militär mitteilt. Medienkritik ist auch Sprachkritik! Der Euphemismus in der Berichterstattung von SRF im Zusammenhang mit den Kriegsverbrechen der israelischen Armee ist nicht zu goutieren. Ach, für wie dumm verkauft uns Leutschenbach!



«Nicht wegschauen». Soli-Demo für Palästina in Bern, November 2023. Quelle: zVg.



Blick auf den Hauptsitz von SRF in Zürich, Leutschenbach. Quelle: Wikimedia.

Bauern in Palästina

«Angegriffen und schikaniert»

Zwei Mitarbeiterinnen der palästinensischen Fair-Trade-Organisation Al-Reef besuchten Anfang September, vor der Eskalation in Gaza, die Schweiz und berichteten über ihre Arbeit mit Bauernkooperativen in der Westbank und über die Situation der palästinensischen Bevölkerung. Die UW sprach mit Hala Hamza, die zuständig ist für die internationalen Beziehungen der Organisation.

Von Tarek Idri

Die militärische Besatzung und der völkerrechtswidrige Siedlungsausbau treiben palästinensische Kleinbauernfamilien in der Westbank in den Ruin. Mit der neuen israelischen Regierung hat sich die Situation noch verschärft. Um diesem Unrecht entgegenzuwirken und die Bauernfamilien in ihrer Existenz zu unterstützen, verkauft die «Kampagne Olivenöl aus Palästina» Öl und Za'tar in der Schweiz. Dabei arbeitet sie mit der landwirtschaftlichen Organisation Al-Reef in Ramallah zusammen.

Was macht die Organisation «Al-Reef» und was ist eure Mission?

Hala Hamza: Al-Reef ist Teil der Palestinian Agricultural Relief Committee (PARC), welche die landwirtschaftliche Entwicklung in Palästina fördert. Es handelt sich um eine gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, die 1983 gegründet wurde, um Palästinenser:innen in ländlichen Gebieten zu unterstützen. Insbesondere Bauern, die sich in einer schwierigen ökonomischen Situation befanden, erhielten Unterstützung. PARC gründete 1993 Al-Reef als Unternehmen, das die landwirtschaftlichen Produkte der palästinensischen Bauern aufkauft, die Produkte verpackt und sie an Partnerorganisationen auf der ganzen Welt exportiert.

Was sind die Arbeitsbedingungen für die Bauern, die für Al-Reef produzieren, unter der israelischen

Besatzung und welche Herausforderungen entstehen dadurch für euch?

Die Situation unter der israelischen Besatzung ist politisch schwierig, sie ist aber auch ökonomisch schwierig, vor allem für die Bauern. Die palästinensischen Bauern besitzen Land und die israelische Besatzung zielt auf dieses Land, das den Palästinenser:innen gehört. Politisch ist die Situation schwierig aufgrund der israelischen Siedlungen, die in der Nähe ihres Landes entstanden sind. Das sind illegale Siedlungen. Manchmal werden die Bauern von Siedlern aus diesen Siedlungen angegriffen. Einigen palästinensischen Bauern droht die Konfiskation ihres Landes, weil die israelische Regierung gewisse Siedlungen vergrössern will. Solchen Schwierigkeiten sind die palästinensischen Bauern ausgesetzt.

Momentan ist eine rechtsextreme Regierung in Israel an der Macht, die Situation scheint sich zu verschlechtern. Hat dies Auswirkung auf die Arbeit eurer Organisation oder auf die Bauern in Palästina?

Die rechtsextreme Regierung hat auf jede und jeden Palästinenser, auf alle Palästinenser in der Westbank und im Gaza-Streifen einen Effekt. Die Tötungen von Palästinensern hat zugenommen. Bis September wurden bereits über 227 Palästinenser von der israelischen Besatzungsmacht getötet, letztes Jahr waren es insgesamt 230 tote Palästinenser. Das zeigt, wie

sich die unerträgliche Situation weiter verschlechtert hat. Die Rechtsentwicklung hat auch Auswirkungen auf die Bauern, weil die israelische Besatzungsmacht die Vergrösserung von bestehenden Siedlungen und den Bau von neuen Siedlungen einfacher gemacht hat. Das erhöht weiter den Druck auf palästinensisches Land.

Sind auch direkt Bauern, mit denen ihr zusammenarbeitet, betroffen von der negativen Entwicklung?

Definitiv, ja. Beispielsweise sind viele Bauern, die Oliven und Olivenöl für uns produzieren, von Siedler:innen angegriffen worden. Ich weiss von einem Dattel-Bauern, dessen Haus von der israelischen Besatzung zerstört wurde, weil er Steuern nicht gezahlt hatte, er wurde auch schikaniert und belästigt von den Besatzungskräften. Das Ganze erschwerte seine Arbeit, was Auswirkungen auf das Einkommen seiner Familie hatte.

Was können die Menschen in der Schweiz tun, um den Widerstand der Palästinenser:innen zu unterstützen? Wie können wir eure Organisation unterstützen?

Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Ein erster Schritt für die Menschen in der Schweiz ist, sich über Palästina zu informieren, so viel wie möglich zu lesen, nachzuforschen. Es ist wichtig, dass die Leute Bescheid wissen über das, was bei uns passiert, damit sie Empathie haben mit uns Palästinenser:innen. Man kann sich in Solidaritätsorganisationen wie der «Kampagne Olivenöl aus Palästina» engagieren, dort kann man mithelfen, Olivenöl und andere palästinensische Produkte zu verkaufen. Es gibt sicher auch Möglichkeiten, Palästina zu besuchen und die Lage vor Ort kennenzulernen [davon raten wir im Moment dringend ab angesichts der unsicheren Lage, Anm. d. Verf.].

Weitere Informationen zur «Kampagne Olivenöl aus Palästina»: www.olivenoel-palaestina.ch

Kriegsverbrechen!

Ich engagiere mich seit 40 Jahren in der Politik, aber ich habe noch nie etwas Vergleichbares wie das Gesehene, was in Gaza geschieht, in aller Öffentlichkeit, während die Welt zuschaut. Zehn Tage unerbittlicher Luftangriffe, 1 von 1000 Menschen in einer Woche von der israelischen Regierung ermordet, offene Belagerungserklärungen, noch 24 Stunden an Treibstoff, Strom und Wasser übrig, kollektive Bestrafung unschuldiger Menschen, alles illegal, alles Kriegsverbrechen!

Und während die EU für einen Waffenstillstand, die Einhaltung des Völkerrechts und den Schutz der Zivilbevölkerung hätte plädieren sollen, fliegt Ursula von der Leyen nach Tel Aviv, um sich bei der Vorbereitung eines Völkermords fotografieren zu lassen, und sie sagt, Europa stehe jetzt und in der kommenden Zeit an der Seite Israels. Wie kann sie es wagen?!

Sie hat keine Autorität in auswärtigen Angelegenheiten. Sie spricht nicht für mich, sie spricht nicht für Irland und sie spricht nicht für die Bürger Europas. Wir stehen für Frieden. Wir stehen für Gerechtigkeit für das palästinensische Volk und für die Wahrung des Völkerrechts. Es ist höchste Zeit, dass diese Frau die Bühne verlässt. Es ist Zeit für sie zu gehen.

Rede von Clare Daly im EU-Parlament. Daly ist eine unabhängige, linke Politikerin aus Irland.

Ukraine-Krieg

Die westliche Unterstützung bröckelt

Die neusten Entwicklungen in Polen, der Slowakei und den USA zeigen: Im Westen wachsen die Zweifel an einer bedingungslosen Unterstützung des ukrainischen Staates. Weil dahinter kein Gesinnungswandel, sondern national-ökonomische Überlegungen stehen, ist dies kein Grund für Optimismus.

Von Dominic Iten

Seit bald zwei Jahren läuft der Abnutzungskrieg in der Ukraine. Ein Ende scheint nicht in Sicht. Noch immer sucht der ukrainische Präsident Selenski im Westen eifrig nach Geld und Waffen – muss er ja auch: Seit seinen Anfängen steht und fällt der ukrainische Widerstand mit der Unterstützung aus dem Westen. Dabei haben einige Staaten zentrale Rollen übernommen: Etwa Polen, das sich jeweils lautstark für die Unterstützung eingesetzt und selbst militärische Hilfe in grossem Umfang geleistet hat. Oder die BRD, welche die Ukraine zuverlässig mit Waffen beliefert und innerhalb der EU entscheidender Akteur ist. Und selbstverständlich die USA. Die ukrainische Armee ist auf Gedeih und Verderb auf Waffen und Informationen angewiesen, die von den USA und ihren Verbündeten geliefert werden. Das weiss inzwischen auch die «NZZ»: «Die Existenz des ukrainischen Staates hängt derweil nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich von den USA ab», schreibt sie und warnt: «Bleibt die Hilfe aus Washington am Ende jedoch aus, droht der Ukraine eine bittere Niederlage».

Streit um US-Aussenpolitik

Und genau das schien in den vergangenen Wochen gar nicht mehr so abwegig: In den USA werden die Stimmen lauter, die sich gegen weitere Ausgaben für den Krieg äussern. Der Umfang der westlichen Hilfe für die Ukraine entspricht dem, was die USA zwischen 2002 und 2020 im Durchschnitt jährlich in Afghanistan ausgaben, und (preisbereinigt) dem, was sie im Durchschnitt jährlich für die Fortsetzung des Vietnamkriegs bezahlten. Dem wollen nun vor allem (aber nicht nur) rechtsausen stehende Republikaner ein Ende bereiten. Anfang Oktober wären die USA beinahe in einen Shutdown geschlittert, weil sich die obersten Mandatsträger nicht auf einen neuen Regierungshaushalt einigen konnten. Erst kurz vor Ablauf der Frist hatte US-Präsident Biden einen Kompromiss unterzeichnet, der Abstriche bei der finanziellen Unterstützung für die Ukraine machte. Biden hatte weitere 24 Milliarden US-Dollar für die Ukraine gefordert, die nun aber nicht gesprochen wurden.

Die Stimmung könnte jedoch kippen und die Republikaner haben, indem sie ihre Zustimmung zum Regierungshaushalt von der Streichung weiterer finanzieller Hilfe für die Ukraine abhängig gemacht haben, angedeutet, in welche Richtung sich die US-Aussenpolitik im Falle eines republikanischen Wahlsiegs 2024 entwickeln könnte. Seither versucht Biden zu beschwichtigen und mit markigen Worten die US-amerikanische Unterstützung für alle «Demokrati-en» dieser Welt zuzusichern.

Das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Westen vor einer Zerreissprobe steht. So meinte etwa Max Bergmann, Direktor beim Center for Strategic and International Studies, dass sich die politische Polarisierung auf den aussenpolitischen Konsens der USA ausgeweitet habe und dieser immer mehr zerbreche. Ein hochrangiger Kongressmitarbeiter sagte gegenüber der «Financial Times», die Unterstützung für die Ukraine unter den Republikanern sei zwar, vor allem im Senat, nach wie vor gross – doch Biden

werde künftig die Strategie hinter der militärischen Hilfe für Kiew besser erläutern müssen. Und ein ehemaliger Berater der Republikaner-Führung im Repräsentantenhaus warnte ebenfalls: «Wenn Sie das Geld für die Ukraine mögen, sieht es nicht gut aus. Es könnte in der Zukunft einen Weg zu einer Art von Abkommen geben, aber der Preis dafür wird bei den Republikanern im Repräsentantenhaus ziemlich hoch sein».

Divergierende Interessen in Europa

Auch auf dem europäischen Kontinent wird die bedingungslose Unterstützung der Ukraine zunehmend infrage gestellt. So zum Beispiel in Polen, das seine heimische Getreideproduktion durch die ukrainischen Getreideexporte bedroht sieht. Vor Ausbruch des Ukraine-Krieges wurde ukrainisches Getreide vorwiegend übers Schwarze Meer exportiert. Danach mussten die Exporte durch EU-Länder wie Polen, Ungarn, Rumänien oder Bulgarien umgeleitet werden, weshalb die Europäische Union Handelsbeschränkungen gegen die Ukraine erliess. Sie wollte sicherstellen, dass es auch tatsächlich bloss beim Transport durch die EU-Länder blieb und nicht zu ungewollten Verkäufen kam. Auf diese Weise sollten die einheimischen Landwirtschaftsbetriebe der Transitländer vor Verkäufen billigen ukrainischen Getreides geschützt werden. Nachdem kürzlich die EU-Handelsbeschränkungen ausgelaufen sind, wurden diese von Polen, Ungarn und der Slowakei auf eigene Faust verlängert.

Das sorgte für Spannungen innerhalb der Europäischen Union. Wie weit diese führen können, wurde innerhalb der vergangenen Wochen deutlich. So meinte etwa der polnische Landwirtschaftsminister Robert Telus: «Wenn wir heute keine Regelungen dafür finden, wird Polen mit Sicherheit keinem EU-Beitritt der Ukraine zustimmen.» Und Premierminister Mateusz Morawiecki fügte hinzu: «Die Ukraine muss verstehen, dass die Sicherheit Polens genauso wichtig ist wie ihre Sicherheit.» Zwar wurde inzwischen ein Teil der Streitigkeiten beigelegt: Im Oktober einigte man sich gemeinsam mit Litauen auf eine Beschleunigung des Transitverkehrs ukrainischer Exporte in Märkte Afrikas und des Nahen Ostens. Wie Robert Telus gegenüber der französischen Nachrichtenagentur AFP meldete, würden künftig Lieferungen für Drittmärkte, die über litauische Häfen verschifft werden, an der polnisch-ukrainischen Grenze nicht mehr kontrolliert.

Doch die Situation bleibt angespannt und offenbart die divergierenden Interessen innerhalb der EU. Premierminister Morawiecki hatte der Ukraine nicht nur vorgeworfen, «mit unkontrollierten Exporten polnische Bauern in den Ruin zu treiben». Er betonte ausserdem, «Polen könne der Ukraine keine weiteren Waffen mehr liefern, weil es mit der eigenen Ausrüstung ausgelastet sei». Später hatte Präsident Andrzej Duda versucht die Sache gerade zu rücken, indem er Morawiecki korrigierte: Dieser habe nur darauf hinweisen wollen, dass die neuen Waffen, die Polen sich gegenwärtig beschaffe, für eigene militärische Zwecke verwendet würden. «Wenn wir die neuen Waffen aus den

USA und Südkorea erhalten, werden wir die derzeit von der polnischen Armee verwendeten Waffen freigeben. Vielleicht werden wir sie an die Ukraine weitergeben.» Aber parallel dazu warnte Morawiecki den ukrainischen Präsidenten Selenski, er solle Polen «nie wieder beleidigen».

In der Slowakei waren zeitgleich ähnliche Streitereien entbrannt – doch der slowakische Landwirtschaftsminister hatte sich nach wenigen Tagen mit der Ukraine darauf geeinigt, das Einfuhrverbot für ukrainisches Getreide aufzuheben. Allerdings zeichnet sich nun mit dem Wahlsieg von Robert Fico und seiner Partei «Smer» ein Kurswechsel in der slowakischen Aussenpolitik ab. Fico will die Ausrüstung der Ukraine stoppen und die Kriegsparteien so rasch wie möglich an den Verhandlungstisch bringen. Als Wahlsieger steht Fico nun vor der Herausforderung, eine Regierung zu bilden. Von der Wahl seiner Koalitionspartner wird der weitere Verlauf der slowakischen Aussenpolitik abhängen.

Und im Zentrum Europas? Dort hatte sich Olaf Scholz Anfang Oktober gegen die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern in die Ukraine entschieden. Diese tat sich schwer, diesen Entscheid zu akzeptieren: Mychajlo Podoljak, Selenskis aussenpolitischer Berater betonte die Notwendigkeit des Taurus, «um die wichtigste Transport- und Logistikverbindung zu zerstören, die über die Krim verläuft». Medwedew, Hardliner im Kreml, stellte derweil drohend fest, dass Kiew mit den Taurus-Marschflugkörpern Angriffe auf russisches Territorium starten kann: «Sie sagen, dies stehe im Einklang mit dem Völkerrecht. Nun, in diesem Fall wären Angriffe auf die deutschen Fabriken, in denen diese Raketen hergestellt werden, in vollem Einklang mit dem Völkerrecht.»

Kein Grund zur Freude

Eine Überbewertung dieser Entwicklungen konnte man zum Teil bei den eifrigen Unterstützern des ukrainischen Staates beobachten. Die ehemals linke «TAZ» sah Europa schon unter dem Joch von «Putin-Faschisten» stehen und meinte, das Votum für einen US-Übergangshaushalt ohne Hilfe für die Ukraine sei «Washingtons Einstieg in den Ausstieg aus einer humanen Weltordnung».



Fest verbunden? Der polnische Präsident Duda (links), der ukrainische Präsident Selenski und der lettische Präsident Levits (rechts). Quelle: zVg.

Und auch die «NZZ» deutete die Entwicklungen in Polen, der BRD und den USA als «Anlass für Kiew, sich Sorgen zu machen».

Doch erst einmal geht die Aus- und Ausrüstung in beeindruckendem Ausmass weiter. Die BRD zögert bei der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern – hat sich aber ansonsten von ihrer anfangs grundsätzlich zögernden Haltung längst verabschiedet und liegt inzwischen hinter den USA auf Platz zwei der Unterstützer des ukrainischen Staates (gemessen am Wert der gelieferten Waffen und den Finanzhilfen für militärische Zwecke). Weil sich die öffentliche Debatte auf das eine Waffensystem (Taurus) verengt, das gerade nicht zu haben ist, geht vergessen, dass tonnenweise Munition, Leopard-Panzer und Luftverteidigungssysteme aus der BRD nach Kiew wandern.

Und freilich bedeutet auch Bidens Kompromiss angesichts des drohenden Shutdowns nicht die Einstellung der US-Beteiligung am Krieg. 113 Milliarden US-Dollar waren zuvor bereits abgesehen worden, die Ausrüstung geht weiter. Nur wenige Wochen nach der Debatte um den US-amerikanischen Regierungshaushalt wurde publik, dass die USA die Ukraine heimlich mit Langstreckenraketen des Typs «ATACMS» ausgerüstet hat, die der ukrainischen Armee Angriffe

auf russische Stützpunkte in Berdjansk und Luhansk ermöglichten. Gemäss neusten Umfragen unterstützen 63 Prozent der US-amerikanischen Bevölkerung weiterhin Waffenlieferungen an die Ukraine. Ausserdem bestehen in beiden Kammern des Kongresses parteiübergreifende Mehrheiten für deren Unterstützung.

Der Osten der Ukraine wird weiterbrennen, für Nachschub an Brennstoffmaterial ist in absehbarer Zeit gesorgt – längerfristige Prognosen sind aber tatsächlich schwierig. Der USA steht ein wütender Wahlkampf bevor, die EU steht in mehrfacher Hinsicht vor einer Zerreissprobe und mit der Eskalation im Nahen Osten verliert die Ukraine an Aufmerksamkeit und möglicherweise auch an militärischer und finanzieller Zuwendung. Allerdings sollten Anzeichen für eine schwindende Unterstützung des ukrainischen Widerstands nicht als Erfolg gefeiert werden. Die bröckelnde Unterstützung für den ukrainischen Staat bedeutet keine politische Wende hin zum Einsatz für eine rasche Friedenslösung. Sie bedeutet ganz einfach, dass den einzelnen Nationalstaaten die Kosten für den Krieg zu hoch werden. Hinter den jetzt aufflammenden Debatten steht kein Gesinnungswandel, sondern national-ökonomische Überlegungen. Es bleibt also vorerst alles beim Alten.

Inserat

Politische:r Sekretär:in (20%)



Wir suchen Verstärkung im Sekretariat der Schweizerischen Friedensbewegung SFB. Bei uns erhältst du die Möglichkeit, dich aktiv für Frieden, Antimilitarismus und Antiimperialismus einzusetzen. Wir bieten dir eine sinnstiftende, herausfordernde Aufgabe in einem abwechslungsreichen und spannenden Arbeitsumfeld.

Wir sind ein kleines, engagiertes Team und suchen jemanden, der/die uns in folgenden Bereichen oder in einem der folgenden Bereiche unterstützt:

1. Organizing: Mitglieder und Aktivist:innen mobilisieren/betreuen, Kampagnen ausarbeiten und führen, Unterschriften sammeln, Infomaterial/Flyer produzieren, Social Media.
2. Mitarbeit bei der SFB-Zeitung «Unsere Welt»: redaktionelle Tätigkeiten, redigieren, Artikel schreiben, freie Autor:innen betreuen, layouts, Recherche, Zeitungsverband, Medienarbeit.

Wir erwarten von dir eine schnelle Auffassungsgabe, (kritisches) politisches Bewusstsein, den Wunsch, Neues zu lernen, und vor allem genaues, selbstständiges, pflichtbewusstes Arbeiten. Wir bieten dir eine flexible 20%-Stelle mit angemessener Entlohnung, mehrheitlich im Home Office, teils in zentraler Lage auf dem Sekretariat in Basel. Arbeitsbeginn zum nächstmöglichen Zeitpunkt oder nach Vereinbarung. Nach Absprache ist auch ein zeitlich begrenzter Einsatz möglich.

Haben wir dein Interesse geweckt?
Dann melde dich gerne mit den
üblichen Unterlagen bis zum 31.12.2023 an:
mail@friedensbewegung.ch

Friedensbewegung SFB
Riehentorstrasse 27
Postfach
4001 Basel



Verendete Fische im trockenen Staudamm-Reservoir bei Kachowka nach der Sprengung im Juni 2023. Quelle: zVg.

Militär und Umwelt

Ökozid in der Ukraine

Der Krieg in der Ukraine trifft nicht nur die Bevölkerung der Region, er hat auch Folgen für die Natur. Hektaren fruchtbaren Bodens wird durch Kampfhandlungen vernichtet, chemische und nukleare Schadstoffe werden freigesetzt, Öl kontaminiert das Grundwasser. Die Umweltbilanz ist katastrophal.

Von Karl-Heinz Peil

Globale Umweltwirkungen des Ukraine-Krieges

Als globale Umweltauswirkungen des Krieges in der Ukraine können mehrere Faktoren genannt werden:

Klimabilanz: mehr Treibhausgase. Der Krieg führt zu einem drastischen Anstieg von Treibhausgasen, wobei der grösste Teil nicht auf direkte Kriegshandlungen, sondern auf indirekte Effekte zurückzuführen ist. Dazu gehört z. B. der massive Ausbau der internationalen Kapazitäten für fossiles Gas, das als verflüssigtes Erdgas zu neuen Lieferketten mit massiv schlechterer Ökobilanz als Erdgas aus Pipelines wie Nordstream 1 führt.

Globale Versorgungssicherheit. Dieser Aspekt wurde im Zusammenhang mit der Verschiffung von Getreide über das Schwarze Meer unter Kriegsbedingungen thematisiert (Stichwort: Getreideabkommen), betrifft aber längerfristig die ökologischen Bedingungen der Getreideproduktion in der Ukraine selbst, die früher auch als «Kornkammer Europas» bezeichnet wurde.

Zerstörung von Ackerland

Tschernosem (von russisch: «schwarzer Boden»), auch Schwarzerde genannt, ist ein schwarz gefärbter Boden mit einem hohen Anteil an Humus und hohen Anteilen an Phosphor und Ammoniakverbindungen. Tschernosem ist ein sehr fruchtbarer Boden, der aufgrund seiner hohen Feuchtigkeitsspeicherkapazität hohe landwirtschaftliche Erträge liefern kann. Tschernoseme bedecken eine Fläche von etwa 230 Millionen Hektar. Es gibt zwei «Tschernosem-Gürtel» in der Welt. Der eine ist die eurasische Steppe, die sich von Ostkroatien (Slawonien), entlang der Donau (Nordserbien, Nordbulgarien, Süd- und Osttränien und Moldawien) bis in die nordöstliche Ukraine über die zentrale Schwarzerde-Region Zentral- und Südrusslands nach Sibirien erstreckt. Die andere erstreckt sich von den kanadischen Prärien in Manitoba über die Great Plains der USA bis in den Süden von Kansas.

Die Ukraine und Russland sind wichtige internationale Lieferanten

von Weizen, Mais, Sonnenblumensaatgut und Düngemitteln. Der tschechische Militärexperte Jaroslav Štefeca fasste die gesamthaften Wirkungen kürzlich wie folgt zusammen: «Die anhaltenden Kämpfe führen zur Zerstörung riesiger Flächen von Feldern und einheimischer Vegetation und zur Verseuchung des Bodens mit Schwermetallen und anderen hochgiftigen Stoffen.» Auch von den «Bränden zerstörter Kampfausrüstung und den Emissionen der Hunderttausenden von Litern Diesel und Benzin, die beim Betrieb einsatzbereiter Geräte verbrannt werden», würden die Böden vergiftet. Zerstörte Infrastruktur in Kriegsgebieten lässt sich kurz und mittelfristig wieder aufbauen – verseuchter Boden ist eine Belastung für die Ewigkeit!

Schäden an Infrastruktur und Umwelt

Anhand von Daten aus europäischen und US-amerikanischen Satellitenbildern schätzten Forscher bereits Anfang 2023, dass der Konflikt mehr als 6 000 Brände verursachte, die fast 5 000 Quadratkilometer Land beschädigten – hauptsächlich Ackerland, aber auch grosse Waldgebiete und städtische Gebiete. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, dass über 70 000 Häuser zerstört und über

60 000 weitere beschädigt wurden. Das «Conflict and Environment Observatory» (CEOBS) hat dokumentiert, dass zahlreiche Industriestandorte – darunter Anlagen für fossile Brennstoffe, chemische und nukleare Anlagen – ebenfalls angegriffen wurden und grosse Mengen an Schadstoffen freisetzen.

Umwelt-Schadstoffe

Mehr als fünf Millionen Hektar landwirtschaftlicher Fläche sind bereits aufgrund von Minen, Verseuchung mit Sprengstoffüberresten oder andauernden Kämpfen unbrauchbar geworden. Aufgrund von Minen oder gefährlichen Sprengkörpern auf landwirtschaftlichen Flächen ist es oft unmöglich, diese zu bestellen. Statt auf 7,7 Millionen Hektar wie im vergangenen Jahr konnte zuletzt nur auf 4,5 Millionen Hektar die Wintersaat ausgebracht werden.

Die Raketen, Marschflugkörper und Minen zerstören Gebäude und setzen Asbest frei. Werden Lagertanks für Schweröl, Raffinerien und Industrieanlagen getroffen, sickern Öl und Chemikalien in den Boden und können das Grundwasser kontaminieren. In der Munition stecken ebenfalls giftige Chemikalien, und Schwermetalle aus der verschossenen Munition häufen sich im Boden an.

Verseuchung durch Uranmunition

Uranmunition [abgereichertes Uran – «depleted uranium», siehe *Unsere Welt* 3/2023, Anm. d. Red.] wirkt extrem toxisch über Nanopartikel in der menschlichen Blutbahn trotz der scheinbar niedrigen radioaktiven Strahlung. Vergleiche mit Atomwaffen sind aber irreführend. Grossflächige Verseuchungen durch den Einsatz von Uranmunition sind aus dem Balkan und dem Irak bekannt, was sich bis heute unter anderem bei genetischen Schäden von Neugeborenen zeigt. Krebserkrankungen treten in diesen Regionen bei Erwachsenen statistisch um ein Mehrfaches häufiger auf.

Anfang März 2023 kündigte die britische Regierung an, Uranmunition an die Ukraine zu liefern. Dieses ist in den darauf folgenden Wochen offenbar auch erfolgt. Bekannt ist, dass am 13. Mai 2023 im Westen der Ukraine ein riesiges Munitionsdepot mit einer weithin sichtbaren Explosionswolke gezielt zerstört wurde. Regional wurde danach eine erhöhte radioaktive Strahlenbelastung gemessen. Anfang September 2023 begannen auch die USA mit der Auslieferung von Uranmunition an die Ukraine. Die Folgen des Einsatzes von Uranmunition werden bis heute systematisch verharmlost, zuletzt in einer Antwort der deutschen Bundesregierung auf eine kleine Anfrage aus dem Bundestag vom 10. Mai 2023.

Streumunition: Jahrzehnte für Dekontaminierung

Seit Juli 2023 liefern die USA Streumunition an die Ukraine. International geächtet ist Streumunition aus mehreren Gründen. Erstens: Aus humanitärer Sicht ist es verwerflich, dass die Steumunition schwer behandelbare Wunden sowie dauerhafte Verstümmelungen von Gliedmassen verursacht. Zweitens: Aufgrund ihrer geringen Zielgenauigkeit ist bei deren Einsatz keine Unterscheidung zwischen militärischen und zivilen Zielen möglich. Drittens: Da ein grosser Anteil der Minibomben (Bomblets) in einer Grösse von 5 bis 20 cm nicht explodiert, sondern sich als Blindgänger in den Boden eingräbt, müssen die betroffenen Gebiete als Sperrzonen ausgewiesen werden. Blindgänger von Streubomben wirken deshalb ähnlich wie Landminen, was insbesondere in der Ukraine unmittelbar zum Verlust von landwirtschaftlicher Nutzfläche führt.

Erfahrungen aus Kriegsgebieten wie Laos (im Rahmen des Vietnamkrieges) und dem Irak, wo Steumunition von den USA massenhaft eingesetzt wurde, zeigen auf, dass deren Räumung vor Ort eine Langzeitaufgabe ist. Insbesondere in Laos sind nach mehr als 50 Jahren noch relevante Flächen, z. B. Reisfelder, betroffen.

Risiken des AKW Saporischja

In dem seit März 2022 unter russischer Kontrolle stehenden Atomkraftwerks (AKW) Saporischja wurde im September 2022 der letzte Reaktorblock für die Stromversorgung abgeschaltet. Das Gelände stand bereits häufig unter Beschuss durch ukrainische Drohnen, bei denen u. a. wichtige Stromleitungen beschädigt wurden. Zeitweise gab es in dieser Zeit eine Präsenz der internationalen Atomenergiebehörde IAEA.

Nach der Zerstörung der Kachowka-Staumauer konnte die Kühlung der Anlagen zwar vorläufig gesichert werden; dennoch besteht weiter ein latentes Risiko, sollte die einzige zu dieser Zeit funktionierende Hochspannungsleitung durch Kämpfe oder Sabotage länger ausfallen und der nach einiger Zeit erforderliche Nachschub an Betriebsstoffen für die Dieselgeneratoren ebenfalls durch kriegerische Handlungen blockiert werden. Eine weitere erhebliche Gefahr besteht durch eine mögliche Beschädigung der Kühlwasserspeicher und den Verlust von Kühlwasser.

Die Folgen der Staudamm-Sprengung

Am 7. Juni 2023 wurde der wichtige Kachowkaer Staudamm im Süden der Ukraine zerstört, was grossflächige Überschwemmungen zur Folge hatte. Die Staudamm-Sprengung bei Kachowka hat die kritische Lage des AKW Saporischja nochmals eskaliert. Durch das Auslaufen des Dnjep-Staudammes wurde auch das Kühlwassersystem des Atomkraftwerks stark beeinträchtigt, das trotz der abgeschalteten Reaktoren notwendig ist. Völlig ausgeschlossen ist zumindest aufgrund der im Normalbetrieb erforderlichen Kühlleistung, die bisher über den Stausee erfolgte, dass eine Wiederinbetriebnahme des AKW erfolgt. Der gesprengte Staudamm diente nicht nur zur Bewässerung riesiger Ackerflächen auf beiden Seiten, sondern über ein langes Kanalsystem auch der Bewässerung von grossen Teilen der Krim, die damit nachhaltig geschädigt wird.

Für die Ökosysteme an den Ufern des Dnjep stellt die Staudamm-Sprengung eine ökologische Katastrophe dar. Offenbar waren im zerstörten Kraftwerk auch 150 Tonnen Öl gelagert, die ins Wasser und mit der Überschwemmung an Land geraten sind. Ebenso dürften Chemikalien von Fabriken an den Ufern mitgeschwemmt worden sein. Millionen Fische, Vögel und andere Tiere dürften durch das Hochwasser verendet sein.

Fazit

Die Ökobilanz des Ukraine-Krieges kann bereits jetzt als geschichtlich beispiellos bezeichnet werden. Wertvollstes Ackerland in der Ukraine wird zum grössten Teil erst langfristig wieder von der hohen Schadstoffbelastung befreit werden können. Aber auch dort, wo landwirtschaftliche Produktion weiterhin möglich sein wird, werden nur die grossen Investoren aus dem Westen bestimmen, was dort angebaut wird: Lukrative Produktion mit hohem Pestizideinsatz und damit orientiert an Bedürfnissen zahlungskräftiger Länder auf dem Weltmarkt, nicht jedoch an regionaler und globaler Ernährungssicherheit.

Quelle: *Friedensjournal* 5/2023, Kürzung: Ueli Schlegel.

Julian Assange

Ehrung für einen Häftling

Am 22. Oktober wurde Julian Assange in Berlin der Konrad-Wolf-Preis verliehen. Ein krasser Kontrast zur täglichen Realität des Preisträgers: Er droht durch Isolation in Lethargie zu sterben.

Von Alva Noi

Ehrung für einen Inhaftierten! Die Akademie der Künste in Berlin verleiht im Jahre 2023 dem Whistleblower Julian Assange den Konrad-Wolf-Preis. Die tägliche Realität des Preisträgers ist allerdings alles andere als ehrenhaft: Isolation und Langeweile! Da er nicht selbst den Preis entgegennehmen konnte, vertrat ihn seine Frau Stella Assange Ende Oktober bei der Übergabe.

Die Akademie der Künste AdK wollte ein Zeichen setzen. Die von Assange gegründete Plattform Wikileaks habe Kriegslügen und -verbrechen auf höchster staatlicher Ebene offengelegt. «Deren Ausmass, Willkür und Brutalität ist gegenüber der Öffentlichkeit verschleiert oder verschwiegen worden.» Seit dem Jahre 2010 sei Assange der Verfolgung durch die US-amerikanischen Behörden ausgesetzt. Der Konrad-Wolf-

Preis ist mit 5 000 Euro dotiert. Er ist nach dem Filmregisseur und langjährigen Präsidenten der ostdeutschen Akademie der Künste benannt – nach Konrad Wolf.

Es braucht Whistleblower

In einem Interview anlässlich der Preisverleihung beschrieb Stella Assange die aktuelle, juristische Situation von Julian Assange. «Es wird eine öffentliche Anhörung in London geben. Sie ist die letzte Hürde für eine Auslieferung. Wenn Julian verliert, hat er die nationalen Rechtsmittel ausgeschöpft. Wenn die Entscheidung, ihn auszuliefern, endgültig ist, wird er sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden. Die Situation ist äusserst kritisch, dringend und unvorhersehbar. Wir können nichts anderes tun, als weiter für Julians Freiheit zu kämp-

fen, bis er wieder frei und zu Hause ist.» Auch heute fehlen in der internationalen Politik Informationen zur Klärung wichtiger Fragen. Wie lange hält die US-amerikanische Regierung noch am Durchhalten in der Ukraine fest? Was wusste der israelische Geheimdienst über die Angriffspläne der Hamas? Wie will die israelische Armee jetzt wissen, unter welchem Haus die Hamas Kommandozentralen stehen? Immerhin werden deswegen ganze Häuserreihen dem Erdboden gleich gemacht mit zivilen Opfern auf der Seite der Palästinenser. Oder: Wie bewegen sich Menschen ohne Druckausgleich am Meeresgrund und sprengen eine Pipeline? Die These von ein paar Partygängern auf dem Segelboot Andromeda wird in vielen Medien als Lösung des Rätsels gefeiert. Doch sie wirft mehr Fragen auf als sie beantwortet.

Wir brauchen Licht in der dunklen Welt der Geheimdienste. Wir brauchen Whistleblower mehr denn je. Wir brauchen Menschen wie Julian Assange, die mit Mut für eine bessere Welt kämpfen.

Friedensbewegung

Weltfriedenstag 2023: Rückblick

Am 21. September findet alljährlich der Internationale Tag des Friedens statt. Weltweit sollen an diesem Tag die Waffen ruhen. Für das Jahr 2023 rief die UNO zu «Aktionen für den Frieden» auf. Es ist ein internationaler Aufruf, aktiv zu werden für den Frieden als Individuen und im Kollektiv. Die Schweizerische Friedensbewegung SFB hat rund um den 21. September in drei Städten ein vielfältiges Programm zusammengestellt und mit Erfolg durchgeführt.

Bern

Am Donnerstag, 21. September haben wir auf dem Bahnhofplatz Bern Unterschriften gesammelt für die Petition «Nein zum Atomkrieg: Atomwaffen verbieten, jetzt!». Mit der Petition soll Druck gemacht werden auf den Bundesrat, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterstützen und ein Zeichen gegen Atomkrieg und Atombomben zu setzen. Rund ein Dutzend Aktivist:innen der SFB sammelte mehrere hundert Unterschriften und informierte die Bevölkerung in Bern über dieses wichtige Anliegen.

Basel

Am Freitag, 22. September organisierte die SFB einen musikalischen Abend zum Weltfriedenstag: «Krieg heult in der Welt – die Waffen nieder!» Es wurden Texte und Lieder für

den Frieden vorgetragen durch die Schauspielerin Christa Weber, mit Begleitung am Akkordeon durch Anja Dolak. Darüber hinaus wurde über die Petition der SFB für das Verbot von Atomwaffen informiert.

Zürich

Am Samstag, 23. September fand die Friedenskundgebung «Den Atomkrieg verhindern – Frieden, jetzt!» statt, die massgeblich von der SFB organisiert wurde. Rund 200 Menschen versammelten sich auf dem Helvetiaplatz in Zürich und protestierten für Frieden und Abrüstung. In eindrücklichen Reden wurde auf die Gefahr eines Atomkriegs aufmerksam gemacht und die Forderung nach einer friedlichen Lösung im Ukraine-Krieg aufgestellt, es wurde über die Kriegspropaganda der Medien berichtet und die Probleme der Jugendlichen wurden aufgezeigt, welche besonders stark unter den steigenden Preisen und unter psychischem Druck leiden. Ein ukrainischer Pazifist machte deutlich, dass Waffenlieferungen der ukrainischen Bevölkerung nicht helfen würden. Die Kundgebung wurde musikalisch begleitet von der deutschen Schauspielerin Christa Weber und der Akkordeonistin Anja Dolak, die Friedenslieder wie «Das kleine tote Mädchen» von Nazim Hikmet und Ernst Buschs «Ballade von der Krüppelgarde» aufführten.



Friedenskundgebung gegen Atomkrieg in Zürich am 23. September 2023. Quelle: zVg.

Medienterrorismus und Desinformation

Gelenkte Meinung

Auf der Friedenskundgebung am 23. September in Zürich sprach Natalie Benelli über Kriegspropaganda der Konzernmedien. Benelli ist Mitbegründerin und Leiterin der unabhängigen, gemeinschaftsbasierten Presseorganisation *Neue Presse*, die versucht, den Menschen eine Stimme zu geben, die von den Konzernmedien ignoriert oder verzerrt dargestellt werden. Wir dokumentieren die Rede in Auszügen.

Von Natalie Benelli

(...) Wie in jedem Krieg werden die Medien auch im Ukraine-Konflikt als Waffe eingesetzt, um die öffentliche Meinung in eine bestimmte Richtung zu lenken, während vom Mainstream abweichende Stimmen diffamiert und unterdrückt werden. Journalisten und Chefredaktoren der grossen Schweizer Tageszeitungen weiblern NATO-konform gegen Friedensverhandlungen mit Russland und für den Krieg, um die Zustimmung der Bevölkerung für Waffenlieferungen an die Ukraine zu gewinnen – ganz im Interesse der Waffenindustrie und ohne Rücksicht auf Menschenleben.

Dagegen waren die 42 Frauen, Männer und Kinder, die am 2. Mai 2014 im Gewerkschaftshaus von Odessa von ukrainischen Nazis bei lebendigem Leibe verbrannt wurden, den westlichen Konzernmedien kaum eine Zeile wert, und auch über die 14000 Frauen, Männer und Kinder, die zwischen 2014 und 2022 im Donbass durch die ukrainische Regierung getötet wurden, konnte man hier kaum etwas lesen. Die vereinzelt Stimmen unabhängiger Journalist:innen und Journalisten, die regelmässig aus dem Donbass berichten, werden zensiert und ihre Bankkonten gesperrt, um ihnen die Lebensgrundlage zu entziehen, wie zum Beispiel im Fall der Journalistin Alina Lipp.

Nicht im Interesse der Mehrheit

Medienterrorismus ist nicht neu. Länder, die sich den Hegemonialansprüchen der NATO, angeführt von den USA, und ihren Verbündeten in Amerika, Asien und Europa widersetzen, sind seit Jahrzehnten Ziel gezielter Desinformation durch Konzernmedien. Medienterrorismus wurde durch die Digitalisierung massiv potenziert, Online-Plattformen wie Facebook, Instagram, Twitter und dergleichen vervielfachen Falschinformationen in Sekundenschnelle. Dafür sorgt die gezielte Rekrutierung von Mitarbeitenden. So beim Technologiegiganten Google, der frühere CIA-Mitarbeitende rekrutiert, die darüber entscheiden, welche Information verbreitet und welche zensiert wird. Das geschieht nicht im Interesse der grossen Mehrheit der Weltbevölkerung, sondern dient der Verteidigung der Interessen einer kleinen wohlhabenden Elite.

Opfern und der Zerstörung von Infrastruktur und zivilen Einrichtungen, einschliesslich Medienzentren.

Tödliche Blockaden

Medienkrieg passiert aber auch durch das Verschweigen realer Gräueltaten und ihrer Opfer, zum Beispiel die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte des Globalen Südens durch die reichen Industrienationen des Globalen Nordens, die Spekulation mit Grundnahrungsmitteln, die Tausende Menschenleben kostet, weil sie Grundnahrungsmittel für die Ärmsten unerschwinglich macht, und einseitige Zwangsmassnahmen in der Form von tödlichen Wirtschaftsblockaden.

Obwohl sie seit Jahrzehnten Millionen von Todesopfern fordern, schweigen die Konzernmedien über die Folgen dieser Kriege. In einem Artikel von 1999 in der US-amerikanischen Zeitschrift *Foreign Affairs* schreiben die Autoren angesichts der damals aktuellen Situation in Jugoslawien und Irak, Wirtschaftssanktionen könnten als weltweit führende Massenvernichtungswaffen betrachtet werden und hätten seit dem Ende des Kalten Krieges zu mehr Todesopfern geführt, als alle Massenvernichtungswaffen in der Geschichte der Menschheit zusammen. Mindestens 500 000 Kinder starben an den Folgen der Wirtschaftsblockade, die 1990 von den USA gegen den Irak errichtet wurde – ein Preis, der es wert war, meinte die damalige US-Botschafterin an der UNO und spätere US-Aussenministerin Madeleine Albright. (...)

Mehr Infos zu «Neue Presse»: neuepresse@gmx.ch



Auftritt der Schauspielerin Christa Weber an der Veranstaltung in Basel. Quelle: zVg.

Nein zum NATO-Büro!

Wieder einmal treibt der Bundesrat die Annäherung an das Kriegsbündnis NATO voran und unterhöhlt die Neutralität der Schweiz. Bereits seit Jahren wendet die Schweizer Regierung eine Salamitaktik an, um die Schweiz an den NATO-Block anzugliedern. Jüngste Beispiele dafür sind der Beitritt der Schweiz zum NATO-Projekt Sky Shield und die Ankündigung von gemeinsamen Militärübungen. Nun wurden Pläne bekannt, dass die NATO in Genf ein Verbindungsbüro eröffnen wird. Nach Aussagen des Aussendepartements werden von den Bundesbehörden Vorkehrungen getroffen, «um die NATO in der Schweiz willkommen zu heissen».

Der Bundesrat behauptet, es wäre kein offizielles Verbindungsbüro zur Schweiz. Allerdings öffnet er den NATO-Kriegstreiber:innen damit Tür und Tor zur Schweiz und zu internationalen Organisationen. Mit dem Büro in Genf wird ganz klar die NATO-Lobby in der Schweiz gestärkt und ihr Einfluss auf die Vereinten Nationen und auf Nicht-Regierungsorganisationen erhöht.

Die Schweizerische Friedensbewegung SFB lehnt die Pläne zur Einrichtung eines NATO-Büros in Genf entschieden ab. Wir fordern ein Ende jeglicher weiterer Annäherung und Kooperation mit der NATO. Das NATO-Kriegsbündnis hat immer wieder völkerrechtswidrige Kriege vom Zaun gebrochen und ist massgeblich an der Erhöhung der internationalen Spannungen beteiligt. Ja zum Frieden, Nein zur NATO!

Schweizerische Friedensbewegung SFB



SFB-Stand am Hauptbahnhof Bern am 21. September 2023. Quelle: zVg.



Aktion vom Netzwerk Friedenskooperative gegen Rheinmetall in Deutschland, 2023. Quelle: zVg.

Schweizer Kriegsindustrie

Die Krokodilstränen fliessen

Immer und immer wieder klagen die Vertreter:innen der Rüstungslobby in den Medien über die ach so strengen Gesetze der Schweiz. Dabei hat der Bundesrat längst nachgegeben und plant eine Lockerung des Waffenexportgesetzes, um Kriegsmaterial für die Ukraine freizugeben.

Von Tarek Idri

Die Rüstungskonzerne in der Schweiz und ihre Lobbyist:innen heulen und klagen. «Was im Moment passiert, bricht mir das Herz», jammert Oliver Dürr gegenüber der NZZ. Dürr ist Manager bei Rheinmetall Air Defence, ein Tochterunternehmen des deutschen Rüstungsgiganten Rheinmetall, das seinen Sitz in der Schweiz hat. «Die Schweiz ist kein verlässlicher Partner mehr in der Rüstungsindustrie. Das bekomme ich noch und noch zu hören», erklärt er den Tränen nahe. Auch beim Swissmem-Präsidenten Martin Hirzel kochen die Emotionen über. «Mit unserem Neutralitätsfanatismus zerstören wir unsere Rüstungsindustrie!», schäumte er vor der Zuhörerschaft der Halbjahreskonferenz des MEM-Industrieverbands. Die Krokodilstränen fliessen derzeit reichlich in der Kriegsindustrie. Immer wieder wird ihr von den Mainstream-Medien eine Bühne zur Verfügung gestellt, um gegen das verbesserte Kriegsmaterialgesetz zu agieren und politisch Druck aufzubauen. Der Grund für den ganzen Zirkus, den Dürr, Hirzel und Co. veranstalten: Sie bangen um ihre Profite.

Nach Gutdünken

Die Schweizer Regierung hat dem Druck aus Politik und Wirtschaft längst nachgegeben. Das kam nicht überraschend, wenn man sich ihre kriegstreiberische Politik der letzten Monate und Jahre ansieht: die Erhöhung des Militärbudgets, die Beteiligung am westlichen Wirtschaftskrieg gegen Russland und die forcierte An-

näherung an das NATO-Kriegsbündnis haben den aggressiven Kurs des Bundesrats nur allzu deutlich gemacht. Ende August empfahl der Bundesrat dem Parlament schliesslich, eine Motion aus der Feder der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) des Ständerats anzunehmen. Die Gesetzesänderung würde dem Bundesrat erlauben, über zahlreiche strikte Bewilligungskriterien beim Ausfuhr von Waffen hinweg zu treten. Er könnte dadurch eigenhändig die Praxis des Kriegsmaterialexports anpassen, wenn «ausserordentliche Umstände» vorliegen oder wenn «ausser- oder sicherheitspolitische Interessen des Landes» gefährdet sind, im Klartext: der Bundesrat soll nach Gutdünken Waffenexporte bewilligen können. Momentan gilt noch das Kriegsmaterialgesetz, das 2021 vom Stimmvolk verschärft wurde. Gemäss diesem ist die direkte und indirekte Ausfuhr von Kriegsmaterial, von Waffen und Munition, an kriegsführende Ländern verboten. Ausnahmen gibt es (noch!) nicht.

Im Kontext des Ukraine-Kriegs hat dieses Gesetz dazu geführt, dass den Schweizer Waffenproduzenten Aufträge und damit Profite durch die Lapen gingen. Schweizer Waffen und Kriegsmaterial dürfen nicht an den kriegsführenden ukrainischen Staat geliefert werden. Deutschland wollte beispielsweise 35-mm-Munition für den Flugabwehrpanzer «Gepard» aus Schweizer Produktion an die Ukraine weitergeben, was die Schweizer Gesetzgebung nicht zugelassen hat. Rheinmetall produziert nun den

Nachschub für diese Geschosse in einem Werk in Niedersachsen statt im Kanton Uri.

Chance nutzen

Wenn man die Zahlen betrachtet, macht die Rüstungsindustrie mittlerweile eigentlich nur noch einen relativ kleinen Teil des MEM-Exportsektors in der Schweiz aus. Von den 330 000 Beschäftigten der Schweizer MEM-Industrie entfallen nur 14 000 auf die Rüstung, Zulieferer inklusive. 2,3 Milliarden Franken werden darin erwirtschaftet, das sind 0,3 Prozent der Gesamtwirtschaft. «Branchenvertreter räumen ein, dass die Rüstung nicht mehr eine so grosse Rolle wie in der Vergangenheit spielte», schreibt die NZZ. Viele Waffenproduktionsbetriebe gehören indes sowieso ausländischen Konzernen. Mowag, Thales, Rheinmetall Air Defence und Rohde & Schwarz sind die letzten Produzenten, die noch vollständige Waffensysteme in der Schweiz herstellen, und keiner davon ist ein Schweizer Betrieb. Statt die Schweizer Waffenindustrie mit Biegen und Brechen retten zu wollen, sollte man vielleicht die Chance nutzen und sich ihrer ganz entledigen. Wieso nehmen wir diese widerwärtige Industrie nicht einfach vom Tropf? Wieso hören wir nicht auf, die Kriegsvorbereitung von anderen Ländern zu unterstützen und ihnen Mordinstrumente zu verkaufen? Es ist doch positiv, wenn weniger Waffen in die Welt geschickt werden und zum Einsatz kommen. Es wäre friedenspolitisch ein grosser Schritt vorwärts, wenn die Schweiz die Waffenproduktion, mindestens für den Export, ganz einstellen würde.

Gut ausgelastet

Tatsächlich aber ist das ganze Jamern und Klagen der Kriegsmaterialhersteller eine blosser Selbstinszenierung. Die Schweizer Waffenbetriebe sind gut ausgelastet. «Die <Zeitenwende> ist auch bei uns angekommen. Wir erhalten sehr viele Anfragen», muss Oliver Dürr von Rheinmetall Air Defence zugeben. Die schweizerische Waffenindustrie befindet sich also nicht wirklich im Sinkflug; sie will bloss das, was jedes kapitalistische Unternehmen, jedes KMU und jeder Grosskonzern will: wachsen und expandieren und immer weiter wachsen und immer mehr Profite generieren. Dafür drücken sie auch gerne mal auf die Tränendrüse. Die Vertreter:innen der Rüstungsbranche, die Dürrs und Hirzels, schimpfen nicht zum ersten Mal in den Medien über das Kriegsmaterialgesetz. Dürr bezeichnete das Gesetz bereits 2016, also Jahre bevor es verschärft wurde, als «übermässig restriktiv». Es war ihnen von Beginn an ein Dorn im Auge, einfach weil es ihnen die Profite verkleinerte. Profite, um nichts anderes geht es.

Ukrainische Pazifisten

«Wir werden auf verbrannter Erde leben»

Eine Gruppe ukrainischer Pazifisten in der Schweiz, die «Pacifists from Ukraine in Switzerland» haben die Friedenskundgebung am 23. September in Zürich unterstützt. Sie kritisieren in ihrer Solidaritätserklärung die Aufrufe nach Waffenlieferungen in die Ukraine und wünschen sich, dass sich die Schweiz an die Neutralität hält.

Wir, die in der Schweiz lebenden Ukrainerinnen und Ukrainer, sind höchst besorgt über die Geschehnisse in unserem Heimatland, seine Tragödie und sein Schicksal. Wir akzeptieren den aktuellen Stand der Dinge nicht und sind gegen eine weitere Eskalation des Konflikts in der Ukraine und gegen Waffenlieferungen in unser Land.

Aus unserer Sicht ist der gegenwärtige Krieg weder eine edle, noch eine moralische, noch eine heroische Seite der Geschichte unseres Volkes. Unser Volk wird in einem Konflikt missbraucht, der in erster Linie die imperialistischen Ziele der Vereinigten Staaten und Russlands mit der Komplizenschaft der korrupten ukrainischen Eliten verfolgt. Es gibt nichts Traurigeres, als zu sehen, wie Menschen für diese egoistischen Zwecke benutzt werden.

Das Volk ist Kanonenfutter

Wir sind Zeugen einer weit verbreiteten Eskalation von Konflikten und einer Beschleunigung der Militärausgaben in der ganzen Welt. Wir sind beunruhigt, dass der Einsatz von Atomwaffen nicht mehr ein bedrohliches Thema ist, das die Menschen alarmiert, sondern von der Öffentlichkeit ernsthaft in Betracht gezogen wird. Ständig wiederkehrende Berechnungen: Wie viele Millionen Menschen kann die eine oder die andere Seite verbrennen lassen? Welche Ladung von Nuklearmaterial wäre akzeptabel? Wie und wo soll zuerst zugeschlagen werden? Das darf nicht sein. Militärische Konflikte werden schon wie eine selbstverständliche Notwendigkeit angesehen. Die Länder verstärken ihre Zusammenarbeit und ihre gemeinsamen Aktionen auf dem Gebiet der Rüstung, und die Ukraine soll nur erst der Anfang sein.

Besonders traurig ist die unverhohlene Heuchelei, mit der die herrschenden Mächte der Welt diesen Konflikt führen. Das lebenswichtige Infrastrukturnetz unseres Landes wird zerstört, die Bevölkerung wird ihres Rechts auf ein menschenwürdiges Dasein beraubt, und ihr Reichtum wird geplündert und über unsere korrupte Führungselite an transnationale Konzerne verkauft. Wie auch immer der Krieg ausgeht, unser Volk wird dazu verdammt sein, auf verbrannter Erde zu leben, in völliger Armut, in Kreditklaverei gegenüber dem IMF und ohne jede Hoffnung auf Besserung in der Zukunft. Eine Eskalation des Konflikts wird diese Katastrophe nur noch verschlimmern. Und der Einsatz von Atomwaffen wird nur dazu dienen, den Krieg in die Häuser anderer Nationen, vielleicht ganzer Kontinente, zu bringen.

Von dem bestehenden politischen System ist daher keine Lösung des Konflikts zu erwarten. Sie handeln in ihrem eigenen Interesse und sind entschlossen, weiter von diesem Konflikt zu profitieren, in dem die Ukraine nur ein Werkzeug und ihr Volk nur Kanonenfutter ist. Wir glauben, dass nur eine breite, organisierte Antikriegsbewegung eine Chance hat, die Beendigung des Krieges und Friedensgespräche zu beschleunigen. Natürlich ist eine solche Position nicht mit der Politik der Kriegstreiber vereinbar. Um so schnell wie möglich einen dauerhaften Frieden zu erreichen, ist es äusserst wichtig, dass sich möglichst viele Länder weigern, sich an aggressiven imperialistischen Abenteuern zu beteiligen. Wir hoffen sehr, dass die Schweiz ihre jahrhundertealte Politik der Neutralität im Namen des Friedens fortsetzen wird.

Pacifists from Ukraine in Switzerland

Good News

Whisky-Krieg beendet

Der Konflikt zwischen Dänemark und Kanada um die arktische Hans-Insel konnte friedlich beigelegt werden.

Von Ben Müller

In der Sprache der indigenen Bevölkerung heisst die Insel «Tartupaluk», was «in Form einer Niere» bedeutet. Als glatter Fels ragt sie aus dem meist vereisten Meer zwischen den Inseln Ellesmere und Grönland. Ihre Grösse beträgt nur 1,3km². Bei ihrer ersten Kartierung 1872 erhielt sie den Namen «Hans-Insel» nach dem grönländischen Führer der Expedition. Als Kanada und Dänemark 1973 ihre gemeinsame Seegrenze zwischen Grönland und den kanadischen Inseln festlegten, stellte sich heraus, dass Tartupaluk genau auf der Grenze liegt.

Die Inuit nutzen Tartupaluk seit Langem als Zwischenstation auf der Jagd. Aber aus wirtschaftlicher oder geostrategischer Sicht hat die Insel überhaupt keine Bedeutung. Dennoch entwickelte sich Tartupaluk ab 1984 zu einem Streitobjekt zwischen Dänemark und Kanada. Dieser Streit wurde einerseits scherzhaft ausgetragen. So hinterliessen die dänischen Soldaten, die auf der Insel immer wieder ihre Flagge hissten und ein Schild «Willkommen auf der dänischen Insel» aufstellten, auch jeweils eine Flasche

Schnaps für ihre kanadischen Kollegen. Und die Soldaten aus Kanada tauschten nicht nur die Flagge und das Schild aus, sondern deponierten für die Dänen auch immer eine Flasche kanadischen Whiskys, weswegen oft vom «Whisky-Krieg» gesprochen wurde. Andererseits reagierten die Staaten aber auch mit ersten diplomatischen Protestnoten gegen das Flaggehissen der Gegenseite.

Seit 2005 übten sich Dänemark und Kanada aber in Zurückhaltung und verzichteten auf gegenseitige Provokationen. Am 14. Juni 2022 präsentierten sie ihre Lösung und tauschten noch einmal symbolisch Spirituosen aus. Seitdem ist Tartupaluk zweigeteilt. Angesichts des Kriegs in der Ukraine bezeichneten die Akteure ihre Einigung als klares Signal, dass man Territorialkonflikte auch friedlich lösen könne. Obwohl beide Streitparteien demselben Militärbündnis angehören und der Streitgegenstand klein und unbedeutend ist, hat es bis zur Beilegung allerdings rund 50 Jahre gedauert.

Quelle: www.imi-online.de

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Fr. 20.–/Jahr)

Ich möchte Mitglied der Schweizerischen Friedensbewegung SFB werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 50.– inkl. UW-Abo)

Ich möchte ein gratis Probeabonnement der UW

Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Friedensbewegung SFB, Riehentorstrasse 27, Postfach, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch

ISSN 1423-6826
 unserewelt@friedensbewegung.ch
 www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Riehentorstr. 27, Postfach, CH-4001 Basel
 E-Mail: mail@friedensbewegung.ch
 Telefon: 061/681 03 63
 Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri
 Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu, Ruedi Moser, Ueli Schlegel, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
 E-Mail der Redaktion: unserewelt@friedensbewegung.ch
 Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.

Auflage: 3000

Abonnementspreis: mindestens 20 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
 Satz/Layout: Schweizerische Friedensbewegung. Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie uns eine Spende überweisen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon in dieser Ausgabe. Herzlichen Dank!

Armenien/Aserbaidshen

Republik Bergkarabach aufgelöst

In einem Blitzkrieg hat Aserbaidshen im September das armenisch besiedelte Bergkarabach erobert. Nun erhebt Baku die nächste Gebietsforderung: einen Korridor über armenisches Gebiet zur aserbaidshenischen Exklave Nachitschewan. Ob Armenien will oder nicht.

Von Harald Neuber

Der Krieg in der Ukraine ist im Bewusstsein der Weltöffentlichkeit weitgehend von der Eskalation im Nahen Osten verdrängt worden – und schon droht ein weiterer Konflikt: US-Aussenminister Antony Blinken hat kürzlich in einem Briefing einige US-Abgeordnete vor der Möglichkeit eines baldigen Einmarschs Aserbaidshens in Armenien gewarnt. Das berichtet das US-Online-Magazin Politico unter Berufung auf Teilnehmer des Treffens.

Blinkens Äusserungen gegenüber den Abgeordneten zeigten, wie gross die Sorge in Washington über Aserbaidshens Angriffe auf die abtrünnige Region Bergkarabach im Westen des Landes sei. Offenbar sehen Sicherheitspolitiker in den USA eine erhebliche Gefahr der Ausweitung des Konflikts. Ein Krieg zwischen Aserbaidshen und Armenien wäre nach dem Ukraine- und dem Israel-Krieg der dritte Grosskonflikt, der wegen seiner unmittelbaren Auswirkungen auf die Energiemärkte auch eine geopolitische Dimension hätte.

Einmarsch möglich

Hintergrund der US-Sorgen: Der aserbaidshenische Präsident Ilham Alijew hat Armenien aufgefordert, einen «Korridor» entlang seiner Südgrenze freizugeben, der das aserbaidshenische Festland mit einer Exklave an der Grenze zur Türkei und zum Iran verbindet. Sollte Jerewan dieser Aufforderung nicht nachkommen, sei er bereit, das Problem «mit Gewalt»

zu lösen, so Alijew. Bereits Anfang Oktober hatte Blinken laut Politico in einem vertraulichen Gespräch Abgeordnete dazu gedrängt, als Reaktion auf den Einmarsch seines Landes in Bergkarabach im September Massnahmen gegen Alijew zu ergreifen.

Das US-Aussenministerium prüft nach eigenen Angaben derzeit Möglichkeiten, Aserbaidshen «zur Rechenschaft zu ziehen». Eine langjährige Ausnahmeregelung, die es den USA erlaubt, Baku militärisch zu unterstützen, solle nicht verlängert werden, heisst es in Washington. Dazu trägt offenbar auch bei, dass das US-Aussenministerium die konkrete Möglichkeit sieht, dass Aserbaidshen in den kommenden Wochen in Südarmenien einmarschieren könnte. «Dennoch äusserte sich Blinken zuversichtlich über die laufenden diplomatischen Gespräche zwischen Armenien und Aserbaidshen», schreibt Politico.

Flucht nach Armenien

Die Führung in Baku tut derzeit wenig, um die Sorge vor einem neuen Konflikt zu zerstreuen. So hisste Alijew nach der gewaltsamen Einnahme von Bergkarabach im Kaukasus an mehreren Orten die Flagge seines Landes. «Wir haben erreicht, was wir uns vorgenommen haben», sagte Alijew in einer Rede. Mit der Rückeroberung Bergkarabachs sei ein jahrzehntelanger «Traum» des aserbaidshenischen Volkes in Erfüllung gegangen. Es war Alijews erster Besuch in Bergkarabach, seit die Region



in den Neunzigerjahren von Bergkarabach-Separatisten eingenommen worden war. Die aserbaidshenische Armee hatte am 19. September eine Grosseffensive gegen Bergkarabach gestartet. Bereits einen Tag später kapitulierte die dortige Regierung. Nach politischen Gesprächen wurde daraufhin die Auflösung der Republik Bergkarabach zum 1. Januar 2024 verkündet. Nach dem Anschluss an Aserbaidshen floh die Mehrheit der rund 120 000 Einwohner Bergkarabachs nach Armenien. Die Republik war im Zuge der Auflösung der Sowjetunion und der nationalstaatlichen

Neuordnung der Region entstanden. Seitdem haben Aserbaidshen und Armenien zwei Kriege um die Region geführt, zuletzt im Jahr 2020. «Die armenische Regierung warf Baku nach der Militäroffensive «ethnische Säuberungen» vor. Aserbaidshen wies die Vorwürfe zurück», schreibt die Nachrichtenagentur AFP.

Umgehung des Irans

Bergkarabach ist jedoch nicht der einzige Territorialstreit zwischen den beiden Kaukasusländern. Baku drängt auf eine Verbindung zur Autonomen Republik Nachitschewan, die durch

Armeniens südliche Region Sjunik/Sangesur führen und eine Umgehung des Iran für den Strassenverkehr ermöglichen würde. Alijew sagte: «Wir werden den Sangesur-Korridor verwirklichen, ob Armenien ihn will oder nicht». In Armenien werde dies als territorialer Anspruch «und als Forderung nach einem extraterritorialen Korridor wahrgenommen», kritisierte Armeniens Premierminister Nikol Paschinjan als Reaktion auf die zunehmenden Forderungen aus Ankara und Baku.

Quelle: Telepolis.

US-Blockade von Kuba beenden!

187 gegen 2

Die übergrosse Mehrheit der Nationen weltweit stellt sich gegen den Wirtschaftskrieg, welcher von den USA gegen Kuba geführt wird. In der jüngsten UN-Abstimmung haben sich 187 Länder für ein Ende der Blockade ausgesprochen.

Von Samuel Wanitsch

Seit mehr als sechs Jahrzehnten ist das kubanische Volk mit einer völkermörderischen Blockadepolitik konfrontiert, die unter anderem seine Grundrechte auf Leben, Gesundheit, Nahrung, Bildung und Kultur verletzt. Sie behindert auch die kontinuierlichen Bemühungen der kubanischen Regierung, Ungleichheiten zu beseitigen und mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen – Ziele, die in der 2019 verabschiedeten Verfassung verankert sind.

Seit 1992 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen dreissig Resolutionen verabschiedet, in denen die Beendigung der US-Blockade gegen Kuba gefordert und der wirtschaftliche und menschliche Schaden für die kubanische Bevölkerung aufgezeigt wurde. Am vergangenen 2. November 2023 wurde die Resolution zur Aufhebung der US-Blockade zum 31. Mal (!) gutgeheissen; diesmal von 187 Ländern, dagegen waren die USA und Israel. Die Ukraine enthielt sich der Stimme. Vor der Abstimmung verurteilten zahlreiche Redner die Regierung

in Washington für ihre anhaltenden Verstösse gegen internationales Recht und die Missachtung der Weltgemeinschaft. «Wir beschäftigen uns heute zum 31. Mal mit einem Vorgang, der den Grundsätzen und Werten der Vereinten Nationen widerspricht und schon vor langer Zeit hätte gelöst werden müssen», erklärte die Vertreterin Kenias. «Die internationale Gemeinschaft hat die Nase voll von dieser perversen und sinnlosen Belagerung», sagte Joaquin Pérez, der Vertreter Venezuelas.

Ungerechtfertigt

Entgegen den internationalen Forderungen wurde die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade über die Jahre nicht nur aufrechterhalten, sondern mit der Verabschiedung des Torricelli-Gesetzes im Jahr 1992 und des Helms-Burton-Gesetzes im Jahr 1996 noch verschärft. Dessen Titel III wird seit 2019 angewandt und garantiert die Möglichkeit, Verfahren gegen Unternehmen und Einzelpersonen einzuleiten, die mit in Kuba nach dem Sieg der Revolution im

Jahr 1959 verstaatlichtem Eigentum handeln. Hinzu kam 2021 die willkürliche und ungerechtfertigte Aufnahme der Insel in die Liste der «staatlichen Förderer des Terrorismus». Man kann sagen, dass die Blockade ihre extraterritoriale Komponente verstärkt hat und noch schädlicher und unmenschlicher geworden ist.

Im Bewusstsein der Auswirkungen der Anwendung von Titel III des Helms-Burton-Gesetzes, der Aufnahme Kubas in die Liste der Förderer des Terrorismus, der Tatsache, dass die Blockade gegen die Normen des Völkerrechts verstösst, die die Beziehungen zwischen den Staaten regeln, und dass es sich daher nicht um eine bilaterale Angelegenheit zwischen den USA und Kuba handelt, sondern um eine Aggression gegen die Völker und die demokratischen Werte, haben Organisationen, die die europäische und amerikanische Gesellschaft vertreten, politische Parteien, Juristenvereinigungen, Geschäftsleute, Wissenschaftler und Freundinnen und Freunde von Kuba zu einem Tribunal aufgerufen. Dieses hat (nach Redaktionsschluss) am 16. und 17. November 2023 in der belgischen Hauptstadt Brüssel stattgefunden. Zielsetzung: Die illegale und unmenschliche Politik anprangern und die Anti-Blockade-Bewegung in Europa und in den USA stärken. Mit Zeugenaussagen waren auch Medicuba und die Vereinigung Schweiz-Cuba mit dabei. *Unsere Welt* wird in einer nächsten Ausgabe darüber berichten.

WPC-Treffen in Berlin

(t.i.) Am 28. und 29. September fand in Berlin das regionale Treffen der europäischen Mitgliedsorganisationen des Weltfriedensrats (WPC) statt, zu denen auch die SFB gehört. Es war die erste Versammlung der WPC-Mitglieder in Europa nach der internationalen Versammlung des WPC in Hanoi, Vietnam 2022, welche die politischen Grundsätze des internationalen Friedenskampfes der nächsten Jahre festlegte.

Am ersten Tag berichteten die verschiedenen Vertreter:innen aus ihren jeweiligen Ländern. Durch den Ukraine-Krieg hat sich überall in Europa eine Polarisierung und eine Aufrüstungswelle bemerkbar gemacht, die NATO-Länder sind nun alle mehr oder weniger in diesen Krieg verwickelt. In den Nicht-NATO-Ländern, wie der Schweiz und Irland, versuchen die Regierungen generell, eine Annäherung an das aggressive NATO-Bündnis herbeizuführen. Sehr interessant war zu hören, welche Aktivitäten die verschiedenen Friedensorganisationen in ihren Ländern durchführen. Diese reichen von der Herausgabe von Broschüren und Zeitungen, über Umfragen und der Organisation von Demonstrationen hin zum Schulbesuch und zur Arbeit mit Jugendlichen. Am zweiten Tag wurden schliesslich die Planungen für 2024 diskutiert: man will, dass die Friedensorganisationen gemeinsame Aktionen durchführen, darunter zum 75-Jahre-Jubiläum des WPC im April, Aktionen gegen den NATO-Gipfel im Juli und zur Erinnerung an 25 Jahre NATO-Krieg in Jugoslawien.